



3. Sitzung

Mittwoch, 16. April 2008

Vorsitzende: Präsident Berndt Röder, Erste Vizepräsidentin Barbara Duden und Vizepräsident Wolfhard Ploog

Inhalt:

Mitteilungen des Präsidenten	51	Karin Timmermann SPD	61
		Norbert Hackbusch DIE LINKE	62
		Martina Gregersen GAL	63
Abwicklung und Ergänzung der Tagesordnung	51	Ingo Egloff SPD	64
		Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE	65
Aktuelle Stunde	51	Fraktion DIE LINKE:	
Fraktion der SPD:		Was hat Bürgermeister Ole von Beust Vattenfall versprochen?	
Nach der Wahl ist vor der Wahl: Hamburgs Zukunft steht auf dem Spiel!		(nicht behandelt wegen Zeitablaufs)	
Dr. Peter Tschentscher SPD	51	Fraktion der CDU:	
Hans-Detlef Roock CDU	52	Wirtschaftspolitik auf Die Linke Tour: Enteignung statt Stär- kung des Wirtschaftsstand- ortes	
Christian Maaß GAL	53	(nicht behandelt wegen Zeitablaufs)	
Dora Heyenn DIE LINKE	53		
Ingo Egloff SPD	54	Wahl einer Ersten Vizepräsidentin oder eines Ersten Vizepräsidenten	65
Frank Schira CDU	55	Ergebnis	66
Christa Goetsch GAL	56		
Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE	57	Wahl von zwei Vizepräsidentinnen oder Vizepräsidenten	66
Arno Münster SPD	58		
Fraktion der GAL:			
Bahn-Privatisierung: Alle Räder stehen still, weil die Regierung nicht weiß, was sie will			
Jens Kerstan GAL	59		
Klaus-Peter Hesse CDU	60, 63		

Ergebnis	66	Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen – Initiative für ein erneutes NPD-Verbotsverfahren!	
Wahl von zwei Schriftführerinnen oder Schriftführern	66	– Drs 19/91 (Neufassung) –	72
Ergebnis	67	dazu	
Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft:		Antrag der Fraktion der SPD:	
Wahl von vier ordentlichen Mitgliedern und acht stellvertretenden Mitgliedern für die Härtefallkommission		NPD-Verbot weiter vorantreiben	
– Drs 19/1 –	67	– Drs 19/150 –	72
und		Christiane Schneider DIE LINKE	72
		Dr. Manfred Jäger CDU	74
		Jana Schiedek SPD	75
		Dr. Till Steffen GAL	76
		Kersten Artus DIE LINKE	78
Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft:		Beschluss	79
Wahl eines Datenschutzgremiums nach § 14 der Datenschutzordnung der Bürgerschaft		Senatsmitteilung:	
– Drs 19/8 –	67	Feststellung des Senats über das Zustandekommen einer Volksinitiative	
Ergebnis	67	hier: Volksinitiative "Für faire und verbindliche Volksentscheide"	
Antrag der Fraktion der SPD:		– Drs 19/36 –	79
Wiedereinführung eines Sozialtickets		Dr. Andreas Dressel SPD	79
– Drs 19/24 –	68	Kai Voet van Vormizeele CDU	80
dazu		Farid Müller GAL	80
		Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE	80
Antrag der Fraktion DIE LINKE:		Beschluss	81
Wiedereinführung eines Sozialtickets		Gemeinsame Beratung	
– Drs 19/115 –	68	Bericht des Eingabenausschusses:	
Karin Timmermann SPD	68	Eingaben	
Egbert von Frankenberg CDU	68	– Drs 19/85 (Neufassung) –	81
Martina Gregersen GAL	69		
Wolfgang Joithe-von Krosigk DIE LINKE	70	Bericht des Eingabenausschusses:	
Dirk Kienscherf SPD	70	Eingaben	
Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE	71	– Drs 19/86 –	81
Beschluss	72	Bericht des Eingabenausschusses:	
		Eingaben	
Antrag der Fraktion DIE LINKE:		– Drs 19/87 –	81
		Beschlüsse	81

Sammelübersicht 81

Beschlüsse 81

Antrag der Fraktion der SPD:

**Kein Kohlekraftwerk in Moor-
burg**

– Drs 19/23 – 81

dazu

Antrag der Fraktion der SPD:

**Kein Kohlekraftwerk in Moor-
burg - Entscheidungen trans-
parent machen!**

– Drs 19/153 – 81

Beschluss 81

Interfraktioneller Antrag:

Fraktionsgesetz

– Drs 19/92 (Neufassung) – 81

Beschlüsse 82

Antrag der Fraktion der SPD:

**Exmatrikulationen wegen Stu-
diengebühren sofort stoppen!**

– Drs 19/152 – 82

Beschluss 82

Beginn: 15.00 Uhr

Präsident Berndt Röder: Meine Damen und Herren! Die Sitzung ist eröffnet. Ich beginne zunächst mit Geburtstagsglückwünschen. Sie gehen heute an unsere Kollegin Martina Koeppen. Liebe Frau Koeppen, im Namen des ganzen Hauses gratuliere ich Ihnen herzlich zu Ihrem Geburtstag.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Ich wünsche Ihnen alles Gute für Ihr neues Lebensjahr. Sie fangen es ja an einem dafür wunderbaren Orte an.

Abweichend von der Empfehlung des Ältestenrates haben die Fraktionen vereinbart, dass die Tagesordnung um einen weiteren Punkt ergänzt werden soll. Es handelt sich dabei um den SPD-Antrag aus der Drucksache 19/152, der als Tagesordnungspunkt 29 nachträglich in die Tagesordnung aufgenommen worden ist. Die Drucksache liegt Ihnen vor.

Wir kommen sodann zur

Aktuellen Stunde

Dazu sind vier Themen angemeldet worden, und zwar von der SPD-Fraktion

Nach der Wahl ist vor der Wahl: Hamburgs Zukunft steht auf dem Spiel!

von der GAL-Fraktion

Bahn-Privatisierung: Alle Räder stehen still, weil die Regierung nicht weiß, was sie will

von der Fraktion DIE LINKE

Was hat Bürgermeister Ole von Beust Vattenfall versprochen?

und von der CDU-Fraktion

Wirtschaftspolitik auf Die Linke Tour: Enteignung statt Stärkung des Wirtschaftsstandortes

Ich rufe als Erstes das von der SPD angemeldete Thema auf. Wird das Wort gewünscht? – Der Abgeordnete Tschentscher hat es.

Meine Damen und Herren! Sie würden dem Präsidium bei der Namensfindung sehr helfen, wenn Sie sich in der ersten Zeit auf den Plätzen befinden, die Ihnen zugewiesen worden sind. – Vielen Dank. Herr Tschentscher, Sie haben das Wort.

Dr. Peter Tschentscher SPD: Entschuldigen Sie, Herr Präsident! Trotzdem vielen Dank, meine Damen und Herren, dass Sie uns die Gelegenheit geben, aktuell einige Anmerkungen zum Verlauf der Verhandlungen zwischen CDU und GAL zu ma-

chen, denn Vieles, das man hört, haben wir und die staunende Öffentlichkeit vor der Wahl anders verstanden. Zum Beispiel ist die Verunsicherung der Eltern, Schüler und Lehrer über den künftigen Kurs in der Bildungspolitik groß, und wir wollen darüber nun mit Ihnen in der Aktuellen Stunde sprechen.

(*Olaf Ohlsen CDU: Aha!*)

Ich möchte aber zunächst ein anderes Thema benennen, nämlich das Kohlekraftwerk Moorburg. Der Vorwurf richtet sich in diesem Punkt gegen die CDU, denn es geht um Ihren von Wahlterminen abhängigen fahrlässigen Umgang mit wichtigen Standortfaktoren einer menschlichen Metropole oder – um Ihre Sprache zu verwenden – einer wachsenden und neuerdings auch einer kreativen Stadt.

(Beifall bei der SPD)

Die CDU-Entscheidung für ein Kohlekraftwerk in Moorburg, ein Kraftwerk mit erheblicher zusätzlicher Belastung durch Feinstaubstickoxide und anderer gesundheitsgefährdender Immissionen an dieser Stelle – Hauptwindrichtung Wilhelmsburg –, war und ist verantwortungslos gegenüber dem Standortfaktor Umwelt und Gesundheit. Das haben wir vor der Wahl gesagt und wir sagen es auch jetzt.

(Beifall bei der SPD und Zurufe von der GAL)

Obwohl Sie wussten, liebe CDU, dass der Wahltermin kommt und Sie für Ihre Position keine Mehrheit haben, hat der Senat gegenüber Vattenfall bekräftigt: Hamburg will diese Investition, bauen Sie nicht halb, bauen Sie doppelt so groß. Sie haben Vorabgenehmigungen erteilt, um möglichst bald Fakten zu schaffen und jetzt, wo die Bagger rollen und die Wahl gelaufen ist, heißt es: Pech gehabt, eigenes Risiko. Wir wissen nicht, meine Damen und Herren von der CDU, was Sie unter Wirtschaftsförderung verstehen. Wir halten dieses für einen fahrlässigen Umgang mit dem Standortfaktor Investitionssicherheit und für verantwortungslos gegenüber Wirtschaft und Arbeitsplätzen, die wir dringend benötigen.

(Beifall bei der SPD – *Kai Voet van Vormizele CDU:* Nun entscheiden Sie mal, was Sie möchten!)

Nächster Punkt zur rechtlichen Situation. Ich will das vorsichtig formulieren. Es gibt Hinweise, dass Vattenfall durch das gesamte Handeln des Senats einen Rechtsanspruch auf eine Genehmigung haben oder konstruieren könnte. Wir möchten darüber Klarheit haben im Parlament und werden deshalb die Vorlage aller Akten beantragen, die im Zusammenhang mit dem Bau dieses Kraftwerkes stehen. Sollten Sie, lieber Senat, ein zweites Mal die Aktenvorlage verweigern, weil Staatswohl gefähr-

(Dr. Peter Tschentscher)

det sei, dann werden wir antworten: Wenn ein schwedischer Staatskonzern in aller Öffentlichkeit ankündigt, die Stadt Hamburg auf Schadensersatz in einer Höhe von 1,3 Milliarden Euro zu verklagen, und wenn auch nur der Hauch einer Chance besteht, dass eine solche Klage am Ende erfolgreich sein könnte, dann ist in der Tat Staatswohl gefährdet. Deshalb nennen wir Ihr Vorgehen auch in diesem Punkt verantwortungslos gegenüber den finanziellen Grundlagen unseres Gemeinwesens.

(Beifall bei der SPD)

Liebe CDU, Sie haben vor der Wahl betont, Hamburg sei bei Ihnen in guten Händen.

(Kai Voet van Vormizeele CDU: Das ist wohl wahr!)

Jetzt erfahren wir, dass der Bürgermeister die Stadt in eine kritische Lage manövriert hat,

(Harald Krüger CDU: Ach Gott!)

aus der wir vermutlich in diesem Punkt ohne größeren Schaden nicht mehr herauskommen. Die Stadt ist bei einer Partei, die – abhängig von Wahlterminen – mit den Standortfaktoren Umwelt und Gesundheit, Wirtschaft, Arbeit und Finanzen derart beliebig und verantwortungslos umgeht, nicht in guten Händen.

(Beifall bei der SPD)

Darauf hat unser Landesvorsitzender in den letzten Tagen zu Recht hingewiesen

(Harald Krüger CDU: Ach, das reicht als Begründung aus!)

und das sollte jede Partei beachten, die in Zukunft – in welcher Konstellation auch immer – im Senat Verantwortung übernehmen will.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Roock.

Hans-Detlef Roock CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! "Nach der Wahl ist vor der Wahl", diese Aussage ist richtig. "Hamburgs Zukunft steht auf dem Spiel", diese Aussage ist falsch, denn Hamburg ist bei uns in guten Händen.

(Beifall bei der CDU)

Diese Aussage wäre nur richtig, wenn die Zukunft Hamburgs in den Händen der SPD liegen würde.

(Beifall bei der CDU)

Das ist aber – Gott sei Dank – nicht der Fall, weil bei der SPD kein klarer Kurs erkennbar ist.

(Viviane Spethmann CDU: Genau!)

Den politischen Eiertanz und Zickzackkurs will ich an zwei Beispielen deutlich machen. Herr Tschent-

scher hat mir zwei Stichwörter gegeben: Moorburg und Schulpolitik.

Erstens: Moorburg. Vor der Wahl: Die SPD lehnt den Bau des Kraftwerkes ab. Der Bundesparteitag der SPD in Hamburg beschließt den Bau von Steinkohlekraftwerken.

(Viviane Spethmann CDU: Hört, hört!)

Ein klarer Widerspruch, der erklärungsbedürftig ist, weil ihn keiner versteht.

(Kai Voet van Vormizeele CDU: Das können sie auch nicht erklären!)

Nach der Wahl: Die SPD-Fraktion lehnt das Kraftwerk weiterhin ab. Der Landesvorsitzende der SPD, Herr Egloff, gibt bekannt, dass die SPD in einer großen Koalition dem Kraftwerkbau zustimmen würde.

(Zuruf: So sind sie halt!)

Auch die Berliner SPD-Größen, wie zum Beispiel der Umweltminister Gabriel, fordern den Bau des Kraftwerkes. Auch das ist erklärungsbedürftig, meine Damen und Herren von der SPD.

(Beifall bei der CDU)

Was denn nun? Wohin will die SPD eigentlich? Wo bleibt denn die viel beschworene Glaubwürdigkeit der SPD?

Zweitens: Schulpolitik. Vor der Wahl: Die SPD-Fraktion heillos zerstritten

(Barbara Duden SPD: Was?)

in der Frage des Zwei-Säulen-Modells oder der Einheitsschule. Wir haben die Debatte hier geführt. Was in Ihrer Fraktion los war, ist uns natürlich nicht verborgen geblieben.

(Dr. Michael Naumann SPD: Wo ist denn das Zwei-Säulen-Modell geblieben?)

Solche Beispiele ließen sich in fast allen Politikfeldern fortsetzen.

Jetzt kommt die spannende Frage: Was sagt uns das?

(Wilfried Buss SPD: Nein, was sagt die CDU dazu?)

Uns sagt es zumindest, dass Sie unter diesen Bedingungen weit davon entfernt sind, Regierungsverantwortung für diese Stadt mit zu übernehmen.

(Beifall bei der CDU – Ingo Egloff SPD: Sagen Sie doch mal, was Sie mit Moorburg machen wollen!)

Sie können diese Stadt auch nicht in die Zukunft führen. Hamburgs Zukunft ist vielmehr bei uns in guten Händen und das ist gut für unsere Stadt. – Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Berndt Röder: Das Wort erhält der Abgeordnete Maaß.

Christian Maaß GAL:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Tschentscher, liebe Kollegen von den Sozialdemokraten! Ich muss Ihnen gestehen, dass ich die ganze Rede nicht so richtig verstanden habe.

(Gerhard Lein SPD: Das liegt an Ihnen! – Hans-Detlef Roock CDU: Nicht nur Sie!)

Ich nehme einmal das Zitat von Herrn Egloff, der sich in "Der Welt" in einer sehr staatstragenden Pose geäußert und gesagt hat:

"Wir Sozialdemokraten scheinen die einzige verlässliche Konstante in der Hamburger Politik zu sein."

(Beifall bei der SPD)

Die einzige Konstante – das möchte ich einmal konstatieren –, die ich bei Ihnen zu erkennen vermag, ist, dass ich Ihren Kurs in punkto Moorburg nicht verstehe. Das ist die einzige Konstante.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Wir haben doch gemeinsam gegen das Kraftwerk Moorburg demonstriert. Sie haben das in Ihrem Wahlkampf gemeinsam mit uns zu einem Ihrer wichtigsten Themen gemacht. Dann muss ich ein paar Tage nach der Wahl lesen, wie sich Ihr ehemaliger Umweltsenator Vahrenholt in einem Leserbrief an "Die Welt" äußert. Dort sagt er – und ich vermute einmal, dass er nicht schlecht informiert sein wird –, dass die SPD der CDU im Sondierungsgespräch angeboten habe, Moorburg wie geplant zu genehmigen.

(Dr. Michael Naumann SPD: Falsch!)

Da war die Wahl kaum vorüber und schon werfen Sie sich in den Staub und treten Ihre eigenen umweltpolitischen Zielsetzungen mit den Füßen.

(Beifall bei der GAL – Dr. Michael Naumann SPD: Der Zeuge ist nicht anwesend gewesen! Der kam mit dem Auto, wie Sie!)

Besonders komisch finde ich geradezu Ihren Bundesumweltminister Gabriel, den Sie zu dem Thema Kraftwerk Moorburg haben einfliegen lassen – der fliegt ja gerne mal –, der sich hier einigermaßen gewunden hat, sich dann aber immerhin doch dazu durchgerungen hat zu sagen, dieses Kraftwerk Moorburg sei falsch und er wolle es nicht. Und dieser Umweltminister Gabriel ist es nun, der hier den Druck auf Hamburg ausübt und sagt, dieses Kohlekraftwerk müsse unbedingt genehmigt werden. Das müssen Sie doch einmal erklären. Nutzen Sie doch einmal die Gelegenheit, treten Sie doch einmal hier nach vorne und erklären Sie das jemandem mit einem durchschnittlichen Verstand. Das

versteht doch keiner mehr, was Sie hier veranstalten.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Jetzt sagen Sie, dass sich etwas geändert habe.

(Dr. Michael Naumann SPD: Was wollen Sie denn?)

Aber ich frage Sie: Was hat sich denn genau geändert? Vattenfall hat vor der Wahl behauptet, sie hätten einen Rechtsanspruch auf Erteilung einer emissionschutzrechtlichen Genehmigung und einer wasserrechtlichen Erlaubnis und Vattenfall behauptet das natürlich auch nach der Wahl. Es hat sich überhaupt nichts daran geändert. Das Einzige, was sich geändert hat, ist Ihre Auffassung. Das finde ich ziemlich erbärmlich, wenn Sie versuchen, mit Klimaschutz Stimmenfang zu machen und nach der Wahl nicht dazu stehen. Das finde ich erbärmlich.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Lassen Sie mich eines sagen: Ich bin überzeugt davon, dass CDU und GAL einen Weg beschreiten werden, der eine klimaverträgliche und wirtschaftlich tragfähige Lösung für ein Kraftwerk in Moorburg bieten wird.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Da sind wir ja mal gespannt!)

Ich würde mich darüber freuen, wenn sich auch die SPD-Fraktion daran beteiligen würde,

(Kai Voet van Vormizeele CDU: Da müssten sie ja konstruktiv arbeiten!)

diesen Weg zu finden und zu gehen und damit auch das zu tun, was Sie vor der Wahl gesagt haben, anstatt hier einigermaßen dummerhaft nur das nachzuplappern, was Vattenfall sagt und sich damit die Interessen eines schwedischen Staatsunternehmens zu eigen zu machen, anstatt die der Hamburger Verbraucherinnen und Verbraucher, meine Damen und Herren. – Danke schön.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt die Abgeordnete Heyenn.

Dora Heyenn DIE LINKE:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Vor der Wahl tönte es von FDP, SPD und GAL: Wer die LINKE wählt, wählt Ole von Beust zum Bürgermeister.

(Dr. Michael Naumann SPD: Das hat gestimmt!)

Nach der Wahl konnte man gar nicht so schnell gucken, wie die SPD und die GAL darauf warteten, eine Einladung von Ole von Beust für eine Koalition zu bekommen.

(Beifall bei der LINKEN)

(Dora Heyenn)

Die FDP hätte auch gerne mitgemacht, aber die ist nicht dabei.

Vor der Wahl hat die CDU verkündet, dass der Haushalt in Ordnung sei. Nach der Wahl haben wir erfahren, dass seit Sommer 2007 mindestens 800 Millionen Euro ohne Deckung ausgegeben wurden. Das Tolle ist, dass der stellvertretende CDU-Vorsitzende auch nicht weiß, wo das Geld geblieben ist.

Vor der Wahl hat der Senat das Finanzrisiko durch die Bankenspekulation heruntergespielt. Zwei Tage nach der Wahl erfahren die Hamburger, dass sie mit einem mindestens dreistelligen Millionenbetrag dabei sind, um die HSH-Nordbank zu retten.

(Dr. Michael Naumann SPD: Eine Milliarde!)

Es gibt allerdings auch Dinge, die sich in dieser Stadt nicht verändert haben. Dazu gehört die gebliebene soziale Spaltung. Geblieben ist auch, dass circa 30 000 Vollerwerbstätige in Hamburg so wenig verdienen, dass ihr Gehalt mit Hartz IV aufgestockt werden muss. Geblieben ist, dass die Erwerbsquote von Frauen mit Kindern weit unter dem Bundesdurchschnitt liegt. Geblieben ist eine alarmierende Kinderarmut. Das behauptet sogar der Zukunftsrat und belegt es auch. Geblieben ist ein ganzer Schülerjahrgang ohne Ausbildungsplätze. Allein 15 000 junge Menschen sind in der Warteschleife. Davon war in den Koalitionsverhandlungen kaum die Rede. Soziale Gerechtigkeit steht unter "ferner liefen".

(Zurufe von der CDU)

Nach einer gigantischen Steuersenkung für Gut- und Besserverdienende verschärfen jetzt die finanziellen Abenteurer der Banken und das Haushaltsloch des CDU-Senats den politischen Spielraum dieser Bürgerschaft erheblich.

(Vereinzelter Beifall bei der LINKEN)

Das ist der eigentliche politische Skandal, dass das Geld dort, wo es dringend gebraucht wird, nie ankommt.

Mit der Wahl am 24. Februar konnten die Wählerinnen und Wähler davon ausgehen, dass es eine parlamentarische Mehrheit gegen ein Kohlekraftwerk in Moorburg gibt. Es ist eben auf den Eiertanz der SPD hingewiesen worden. Ich glaube aber auch, dass die GAL in diesem Punkt noch Probleme hat und bin sehr gespannt, wie die GAL ihr zentrales Wahlversprechen, gegen ein Kohlekraftwerk in Moorburg zu sein, einlöst. Darauf bin ich sehr gespannt.

(Beifall bei der LINKEN – Michael Neumann SPD: Da bin ich auch mal gespannt!)

Auch wenn Herr Egloff noch in den letzten Tagen zu großer Irritation beigetragen hat – Herr Maaß hat eben darauf hingewiesen –, begrüßen wir von der LINKEN, dass die SPD heute einen Antrag ein-

gebracht hat, um noch einmal auf die sogenannte Vertragsgrundlage von Vattenfall zurückzukommen.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Frage, die bleibt, ist, was der Bürgermeister Vattenfall im November versprochen hat. Es kann doch nicht sein, dass die Bürgerschaft davon keine Kenntnis hat. Deshalb begrüßen wir den Antrag der SPD ausdrücklich.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Mit der Wahl am 24. Februar konnten die Wählerinnen und Wähler davon ausgehen, dass es eine parlamentarische Mehrheit gegen Studiengebühren gibt. Auch hier wurden sie enttäuscht. Entsprechende Anträge wurden mit den Stimmen der GAL in die Ausschüsse verwiesen. Man nennt das, glaube ich, Beerdigung erster Klasse. Beerdigt haben die Grünen tatsächlich ihre zentralen Wahlkampfaussagen.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Statt eines gebührenfreien Studiums soll es jetzt geringere und nachgelagerte Studiengebühren geben. Das ist sicherlich besser als das, was wir jetzt haben, aber es ist ein Pilotprojekt mit Schwarz-Grün auf den Weg gebracht worden, das eine Rechtfertigung für Studiengebühren liefert. Schon andere Bundesländer greifen danach. Es ist ein Weg in die falsche Richtung. Studiengebühren werden manifestiert. Das Mindeste, wozu sich die GAL durchringen sollte, wäre, dem Antrag der LINKEN zu folgen und alle Verfahren auf Exmatrikulation sofort einzustellen und den bereits Exmatrikulierten zu ermöglichen, sich wieder einzuschreiben.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Ein Vergleich von vor der Wahl und nach der Wahl zeigt uns, dass die CDU, die SPD und die GAL einen erneuten Glaubwürdigkeitsverlust erlitten haben. Da nützt es auch nichts, wenn Präsident Röder, wie bei der konstituierenden Sitzung, die geringe Wahlbeteiligung beklagt. Die letzten vier Wochen haben nicht dazu beigetragen, dass sie wieder steigt. – Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Egloff.

Ingo Egloff SPD:* Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist jetzt des Öfteren von dem die Rede gewesen, was ich am 9. April 2008 in "Der Welt" zu dem Thema Moorburg gesagt habe. Aber erinnern wir uns zunächst einmal an die Diskussion im Herbst 2007, die wir hier in der Bürgerschaft geführt haben. Da stand Herr Gedschko an diesem Pult und hat sich öffentlich da-

(Ingo Egloff)

hingehend geäußert: "Dieses Kraftwerk wollen wir politisch nicht". Kurze Zeit später musste man feststellen – große Überraschung –, dass es eine gemeinsame Pressekonferenz von Herrn Gedaschko, Herrn von Beust, Herrn Cramer und noch einem Vorstandsmitglied von Vattenfall gab. Dort wurde verkündet, nun sei alles klar, das Kraftwerk wird gebaut.

Wir Sozialdemokraten haben davor gewarnt, diese Dinge vor der Wahl zu machen und festzuzurren und dazu stehen wir nach wie vor, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Da muss ich auch Ihnen, Herr Maaß, sagen, dass man nicht immer reflexartig auf bestimmte Dinge reagieren, sondern auch einmal genau lesen sollte. Was habe ich denn in dem Artikel geschrieben? Ich habe geschrieben, dass es so aussähe, als hätte Vattenfall aufgrund des Handelns des Senats einen Rechtsanspruch auf Genehmigung nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz. Das ist sogar eine Sache, die der Bürgermeister nicht bestreiten wird.

(*Christian Maaß GAL*: Das haben Sie schon vorher behauptet!)

Außerdem ist die Frage, wie es mit der wasserrechtlichen Genehmigung aussieht. Auch dort hat Vattenfall vorgeschlagen, bestimmte Dinge zu machen und dann ist es vielleicht sogar so, dass sie einen Anspruch auf die wasserrechtliche Genehmigung haben. Spätestens in dem Moment, wenn die Stadt dieses Kraftwerk nicht genehmigt, macht die Stadt sich schadensersatzpflichtig. In der "Bild"-Zeitung, die anscheinend im Besitz von Unterlagen ist, die wir nicht kennen, steht heute in einem Ausriss aus einem Brief, den die Umweltbehörde am 14. November an Vattenfall geschrieben hat:

"Nach dem gegenwärtigen Erkenntnisstand in diesem Verfahren stehen weder der Erteilung der wasserrechtlichen Erlaubnis für die Entnahme und Einleitung des Kühlwassers noch der Erteilung der wasserrechtlichen Plangenehmigung, erforderlichenfalls auch unter Einschränkung und Auflagen, Hindernisse entgegen, die nicht zur Betriebsaufnahme überwunden werden können."

Soweit die Umweltbehörde am 14. November. Was ist denn das anderes, meine Damen und Herren, als Vattenfall zu suggerieren oder sogar zuzusagen: Wir gehen davon aus, dass ihr die Voraussetzungen erfüllt und dann bekommt ihr auch die wasserrechtliche Genehmigung und am Ende die Betriebsgenehmigung. Das ist das Problem, das dieser Bürgermeister im Moment hat. Da ist seine Glaubwürdigkeitslücke, dass er versucht, sich jetzt aus dieser Situation herauszustehlen, das ist der Punkt.

(Beifall bei der SPD)

Ich werfe der GAL überhaupt nicht vor, dass Sie bei der Linie bleiben, die Sie die ganze Zeit vertreten haben.

(*Dr. Till Steffen GAL*: Na also!)

Aber der CDU werfe ich vor, dass Sie versuchen, sich jetzt seitwärts in die Büsche zu schlagen und nicht mehr zu dem stehen. Auch der Bürgermeister steht nicht mehr zu dem, was er hier lauthals verkündet hat zum Thema Moorburg. Das ist das Problem, das dieser Bürgermeister hat.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von *Christian Maaß GAL*)

– Herr Maaß, auch Sie müssen die rechtlichen Gegebenheiten zur Kenntnis nehmen. Das werden Sie noch feststellen, wenn Sie im Senat sitzen und entscheiden müssen, ob die Stadt 1 Milliarde Euro Schadensersatz bezahlen will oder nicht. An der Stelle werden wir uns wieder sprechen.

(*Dr. Till Steffen GAL*: Aber nicht im Senat!)

Meine Damen und Herren! Das Problem ist, dass der Bürgermeister aufgrund seiner Handlung an Glaubwürdigkeit verloren hat. Ein großes Unternehmen hat aufgrund der Tatsache, dass diese Bescheide ergangen sind – 22 an der Zahl –, und der Zusage dieser Landesregierung 200 Millionen Euro investiert und Bestellungen von 1 Milliarde Euro getätigt. Dafür ist der Bürgermeister verantwortlich und dafür wird er am Ende den Kopf hinhalten müssen und das ist das Problem, das diese Regierung und dieser Bürgermeister haben und sonst niemand.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Schira.

Frank Schira CDU:* Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Egloff, Sie haben ein Problem, nicht die CDU und schon gar nicht der Bürgermeister.

(Beifall bei der CDU)

Ich darf Sie einmal fragen, ob diese Rede, die Sie eben gehalten haben, eigentlich Ihre Privatmeinung, die Position des SPD-Kreisverbandes Wandsbek, die Position irgendeines Distriktes oder einer sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft war?

(*Dr. Michael Naumann SPD*: Er ist der Landesvorsitzende!)

– Nein, Herr Naumann, das ist nämlich genau das Problem von Herrn Egloff, den ich sehr schätze, aber er hat jetzt ein Problem und warum hat er ein Problem?

(Frank Schira)

(Ingo Egloff SPD: Ich habe überhaupt kein Problem!)

Für wen sprechen Sie überhaupt, Herr Egloff?

(Dr. Michael Naumann SPD: Für die SPD!)

Keiner weiß das so genau. Eines ist in den letzten Tagen in der Öffentlichkeit sehr klar geworden: Sie haben keinen Kompass, Sie haben noch nicht einmal einen roten Faden. Sie sind nicht fähig, die Gestaltung der Zukunft Hamburgs in die Hand zu nehmen.

(Beifall bei der CDU)

Herr Egloff, Herr Naumann, Herr Neumann, welche Alternativen bieten Sie eigentlich? Als die CDU und die GAL über Moorburg sprachen, schrieben Sie drei, die Troika, zusammen einen Antrag: Kein Kohlekraftwerk in Moorburg. Als die Medien berichteten, das Kraftwerk würde eventuell nicht gebaut werden, griffen Sie, Herr Egloff, zur Feder und schrieben vor einer Woche in "Der Welt", erneuerten ein Koalitionsangebot an die CDU, und verbanden das mit dem eindeutigen Hinweis, gegebenenfalls das Kraftwerk Moorburg akzeptieren zu wollen.

Sehr geehrter Herr Egloff, ich schätze Sie als Bürgerschaftsabgeordneter, aber was Ihre Partei, Ihre Fraktion derzeit leistet, könnten Außenstehende auch als pure Heuchelei benennen.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Dann kam Herr Böwer, der Mann mit dem eigenen Gespür für parasitäre Medienarbeit.

(Beifall bei der CDU)

In einem beispiellosen Akt innerparteilicher Solidarität bezeichnete er die Aussagen des SPD-Landesvorsitzenden – und deswegen fragte ich – als Privatmeinung und fügte hinzu, er habe sogar eine rote Linie überschritten.

Sehr geehrte Damen und Herren! Sie äußern sich hier mit Krokodilstränen in den Augen über die Zukunft Hamburgs. Ihr eigenes Handeln ist das komplette Gegenteil dessen, was Sie von uns, von der CDU und der GAL einfordern.

(Beifall bei der CDU – Ingo Egloff SPD: Dann sagen Sie doch jetzt, was Sie jetzt machen in Sachen Moorburg!)

Unzuverlässigkeit und Beliebigkeit sind offenbar Ihre Handlungsmaximen, Herr Egloff. Das ist alles andere als regierungsfähig. In dieser Not springt Ihnen wie auf Tastendruck ein alter Freund zur Seite, der Mann für alle Fälle, der Mann, der am liebsten seinen Namen liest und hört, Ihr alter Freund und Genosse Dr. Henning Voscherau. Wer solche Freunde hat, braucht keine Feinde mehr. Es kann einem Angst und Bange werden um den Zustand der Hamburger SPD.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Es steht nicht die Zukunft Hamburgs auf dem Spiel. Darüber machen wir uns keine Sorgen. Wir glauben, dass die Zukunft Hamburgs in guten Händen ist.

(Ingo Egloff SPD: Sie lassen jetzt die Gerichte entscheiden, weil Sie politisch nicht gestalten können!)

Die Zukunft Ihrer Partei und Ihrer Fraktion sieht da schon anders aus.

(Ingo Egloff SPD: Herr Schira, im Vergleich zu Ihnen war sogar Herr Reinert inhaltlich gut!)

Verehrte Herren Naumann, Neumann, Egloff, die Sie hier vorne noch so einträglich sitzen, die Säulen-Heiligen der Sozialdemokratie, Ihre Probleme müssen Sie schon selbst lösen. Hamburg hat keine Zeit für sozialdemokratisches Kleinklein. Wenn Sie sich irgendwann wieder fit fühlen, dann sagen Sie Bescheid. In der Zwischenzeit werden wir mit ganzer Kraft für die Zukunft Hamburgs und ihrer Menschen arbeiten. – Danke schön.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt die Abgeordnete Goetsch.

Christa Goetsch GAL: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Tschentscher, Herr Egloff, mir ist aus Ihren beiden Beiträgen immer noch nicht klar geworden, wofür Sie eigentlich sind, ob für Umwelt und Gesundheit, für Wirtschaft. Es wäre vielleicht auch eine Idee, dass man für beides sein könnte.

(Beifall bei der GAL – Ingo Egloff SPD: Dann müssen Sie mal zuhören!)

Es ist bekannt, dass CDU und GAL zurzeit Koalitionsgespräche führen. Natürlich geht es um nichts anderes als um die Zukunft Hamburgs. Da würde ich sogar Herrn Dr. Voscherau vollkommen recht geben. Die Zukunft Hamburgs steht im Mittelpunkt und nichts anderes.

Erstaunt bin ich allerdings ein bisschen über den Ton, der da immer angeschlagen wird. Einerseits lauter ist nicht besser, aber auch in "Der Welt" – Herr Egloff, ich kann Sie da nicht aus der Pflicht nehmen, die Schlinge um Ihren Hals haben Sie nicht ganz wegbekommen – teilen Sie großzügig nach beiden Seiten aus, werfen uns Prinzipienlosigkeit vor, wie jetzt auch in der Debatte, zumindest in eine Richtung. Wenn Sie Moorburg ansprechen, dürfte es Sie auch nicht überraschen, dass wir uns bei diesem schwierigen Thema genügend

(Christa Goetsch)

Zeit nehmen, um zu prüfen, wie das mit den Genehmigungen ist.

Deshalb ist dies richtig und wichtig, da es nicht nur um die nächsten vier Jahre geht, sondern um die Zukunft Hamburgs.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Es ist schon merkwürdig, dass das für Sie schon geklärt war; Sie hätten im November schon darauf hingewiesen und so weiter und so fort. Zum einen muss der Bau erfolgen und der Antrag in der Bürgerschaft ist nun der Widerspruch. Mir ist an dieser Stelle nicht klar, ob Sie nun Moorburg verhindern oder bauen wollen; das müssen Sie uns noch einmal darlegen.

(Beifall bei der GAL und der SPD – *Kai Voet van Vormizee CDU*: Sowohl als auch! – *Ingo Egloff SPD*: Es geht hier gar nicht mehr darum, was Sie wollen, sondern was Sie müssen!)

Herr Tschentscher, Sie gehen auf das Zwei-Säulen-Modell der Schule ein und werfen uns Vorher/Nachher vor. Sie wissen, dass die GAL gesagt hat, die Kinder sollen in Zukunft gemeinsam länger lernen, weil wir davon ausgehen, dass das zu frühe Aufteilen nicht alle Talente in dieser Stadt fördert und fordert und bekanntermaßen zu viele Kinder nicht nach Leistung, sondern nach Herkunft sortiert werden. "9 macht klug" wäre uns am liebsten, aber das ist nun einmal so bei Verhandlungen und wir finden – ich habe den Zwischenruf von Herrn Naumann gehört –, dass man einen großen Schritt macht und auf einem guten Weg ist. Da müsste die SPD doch sehen – lieber Wolfgang Rose, Sie haben doch auch sehr stark die Schule für alle unterstützt –,

(*Ingo Egloff SPD*: Was macht die Initiative eigentlich, Frau Goetsch?)

dass das in die richtige Richtung geht. Lasst die Kinder länger zusammen lernen, dann profitieren alle davon. Ich fürchte, dass das Dilemma weniger in der Unklarheit des Hamburger Bildungssystems in der Zukunft als in der Unklarheit in Ihrer eigenen Partei liegt.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Es wurde schon im Wahlkampf sehr deutlich, dass die einen die Schule für alle, die anderen das Zwei-Säulen-Modell wollen und Sie können uns da nicht vorwerfen, es würde zu einem Kompromiss kommen, denn Sie bleiben Ihren Prinzipien auch nicht treu.

(*Michael Neumann SPD*: Ach, das ist das neue Argument!)

Sie vereinen sie in Ihrer Partei und vielleicht sollten Sie einmal interne Verhandlungen in Ihrer Partei über dieses Thema führen.

(Beifall bei der GAL und der CDU – *Michael Neumann SPD*: Ihr wollt regieren!)

Wahrscheinlich hat schon jede Fraktion in diesem Hause Koalitionsverhandlungen geführt und weiß, wie intensiv und schwierig das ist und dass es darum geht, zum Wohle unserer Stadt tragfähige Lösungen und auch tragfähige Kompromisse zu finden. Wenn jetzt von Ihnen behauptet wird, unsere Position sei nicht exakt dieselbe wie vor der Wahl, Sie seien aber keinen Millimeter abgewichen,

(*Ingo Egloff SPD*: Es ist auch noch schlecht!)

dann liegt es daran, dass Sie sich gar nicht bewegen mussten, weil Sie nämlich nicht verhandeln mussten, es sei denn, Sie haben die absolute Mehrheit.

(Beifall bei der GAL und der CDU – *Michael Neumann SPD*: Nicht jeder Kompromiss ist ein guter Kompromiss! Wenn er murks ist, ist er schlecht!)

Zum Schluss möchte ich noch auf Ihren Artikel zurückzukommen, der ein gewisses Beleidigtsein im Unterton hatte bei der Frage, warum denn die CDU eigentlich so lange mit den Grünen redet, das wäre doch mit uns viel einfacher. Vielleicht wäre das so, aber ich weiß nicht, ob einfacher besser ist.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Dr. Bischoff.

Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Goetsch und Herr Maaß, auch Herr Schira, ich finde, Sie haben sich das sehr einfach gemacht. Sie sind nach der Zukunft Hamburgs gefragt worden und wenn ich richtig zugehört habe, habe ich nicht verstanden, was Ihre Antwort darauf ist.

(*Hans-Detlef Roock CDU*: Das ist Ihr Problem!)

Sie sollten sich das wirklich einmal anhören. Sie antworten auf die Frage nach der Zukunft Hamburgs mit einem Parteiengezänk, und zwar über andere Parteien, deren innere Strukturen Sie gar nicht kennen. Stattdessen sollten Sie bitte schön einmal sagen, was denn mit der Zukunft Hamburgs ist.

Frau Goetsch, ich will einmal versuchen, das Problem zu erklären. Was war denn vor der Wahl? Vor der Wahl ging überall das Gespenst um, angefangen bei Herrn von Beust, wir bekämen eine schwarz-grüne Koalition; da hat der Bundesausschuss schon im Vorfeld grünes Licht gegeben. Und was hat die Fraktion wochen- und monatelang gemacht? Sie sind jeder Diskussion, was das denn bedeute, ausgewichen. Sie haben nicht einmal ei-

(Dr. Joachim Bischoff)

ne hypothetische Antwort gegeben, was die Hamburger Bevölkerung denn von diesem Bündnis zu erwarten habe. Sie haben gesagt, das werde nicht stattfinden. Auch die CDU hat eine solche Koalition ins Reich des Illusionären verwiesen; das war vor der Wahl.

Wir müssen doch bei den Fakten bleiben. Nach der Wahl verhandeln Sie – das wirft Ihnen hier keiner vor.

(Karl-Heinz Warnholz CDU: Zur Sache!)

– Ich rede zur Sache.

Akzeptieren Sie doch einmal, dass die Bevölkerung und die Medien von dieser Entwicklung überrascht sind und von Ihnen eine Antwort darauf erwarten, was das denn für die Zukunft heißt.

Jetzt noch einmal zu Herrn Voscherau, der Sie in dem Artikel darauf hingewiesen hat, dass es wichtig sei, nicht nur parteipolitische Manöver zu machen, sondern über die Zukunft Hamburgs auch einen Dialog mit der Bevölkerung zu führen; das müssen Sie in erster Linie machen.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Deswegen hoffe ich, Frau Goetsch und Herr Maaß – wir sind in den letzten sechs Wochen von einer Spekulation in die andere geschickt worden –, dass Sie, wenn Sie morgen die Verhandlungen beenden, das machen, was Sie bislang konsequent verweigert haben. Machen Sie nicht nur einen parteipolitischen Diskurs, sondern stellen Ihre Visionen von der Zukunft Hamburgs offensiv in dieser Stadt zur Diskussion.

(Beifall bei der LINKEN – Hans-Detlef Roock CDU: Das werden Sie schon sehen!)

Präsident Berndt Röder: Das Wort erhält der Abgeordnete Münster.

(Hans-Detlef Roock CDU: Arno, jetzt kommt Altona!)

Arno Münster SPD: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Schira, noch einmal vorweg: Man kann auch Themen in die Lächerlichkeit verbannen und das finde ich diesem Hause nicht angemessen, weil man hier auch ein bisschen Sachlichkeit vorantreiben muss.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Ich möchte mich aber noch einem Aspekt zum Thema "Hamburg in guten Händen" widmen, der auch stattd bekannt ist, nämlich der Hamburger Hafen. Hier ist bekannt, dass Hamburg unter den Top 10 der Welthäfen agiert und jährlich 135 Millionen Tonnen Güter umgeschlagen werden. Bis zum Jahre 2015 wird sich der Containerumschlag mehr als verdoppeln, das heißt, dass Hamburg Gewinner der Globalisierung ist.

(Olaf Ohlsen CDU: Sag mal, hast du von mir abgeschrieben?)

Der Hamburger Hafen ist der Jobmotor der Hamburger Wirtschaft; insbesondere im Bereich der Logistik entstehen neue Arbeitsplätze. Von einfachen gewerblichen Jobs bis hin zu hochqualifizierten, technologisch anspruchsvollen Tätigkeiten finden Menschen durch den Hafen neue Arbeit; das hat die Bundesregierung erkannt. Am 7. Dezember 2007 präsentierte Bundesverkehrsminister Wolfgang Tiefensee im Hotel Hafen Hamburg die Qualifizierungsoffensive für die Seeverkehrswirtschaft, und zwar insbesondere für Langzeitarbeitslose. Dabei stellte die Bundesregierung der Seeverkehrswirtschaft rund 80 Millionen Euro in Aussicht,

(Jörn Frommann CDU: Nach der Wahl ist vor der Wahl! Kommen Sie zum Thema!)

um jugendlichen Langzeitarbeitslosen eine qualifizierte Ausbildung in der Hafenwirtschaft zu ermöglichen. Die Bundesregierung hat also den Bedarf erkannt und die Seeverkehrswirtschaft vertraut darauf, dass der Hamburger Senat seine Hausaufgaben macht und die notwendigen Infrastrukturmaßnahmen zum Ausbau des Hafens auf den Weg bringt. Dazu gehört vor allem die Frage der Fahrrinnenanpassung.

Angesichts des steigenden Containerverkehrs muss sich der Senat mit der Frage auseinandersetzen, ob Hamburg auch in Zukunft in der Liga der führenden Seehäfen der Welt mitspielen will. Dafür ist eine Anpassung der Fahrrinne auf 14,50 Meter unabdingbar, um das einmal klar zu sagen.

(Beifall bei der SPD – Olaf Ohlsen CDU: Ja, genau!)

Die Reeder entscheiden über die Größe der Schiffe und sie werden in Zukunft nur Häfen in ihren Fahrplan aufnehmen, die sie zu akzeptablen Bedingungen anlaufen können. Der Hafen von Rotterdam wird weltweit führend sein mit einer Wassertiefe von 20,50 Meter für die größten Containerschiffe der Welt und lauert eigentlich nur darauf, die Hamburg-Verkehre nach Rotterdam zu ziehen.

Wir haben Hinweise, dass sich Schwarz-Grün in der Frage der Elbvertiefung auf eine Kompromisslinie verständigt hat. Sollte es zutreffend sein, dass statt des notwendigen Meters zusätzliche Wassertiefe nur eine Fahrrinnenanpassung von 50 Zentimeter erfolgt, dann ist das aus meiner Sicht eine glatte Sechse.

(Wolfgang Beuß CDU: Nun warten Sie es doch mal ab! Spökenkiekereie ist das!)

Ein anderes Beispiel, die Hafenquerspange. Alles, was die CDU bisher dazu im Wahlprogramm geschrieben hat, ist meilenweit von der Realität entfernt. Sie sagen, Sie werden die Hafenquerspange als Verbindung der A 7 mit der A 1 bauen. Dabei müssen Sie doch wissen, dass die Finanzierung

(Arno Münster)

dieser Maßnahme vornehmlich durch Bundesmittel zu erfolgen hat.

Der CDU-Senat hat es jedoch versäumt, eine Berücksichtigung der Hafenquerspanne in den Bundesverkehrswegeplan einzustellen und deshalb in der mittelfristigen Finanzplanung sage und schreibe 0 Euro eingeplant. Das heißt, wenn eine neue Köhlbrandbrücke gebaut werden soll, muss dies der Hamburger Haushalt finanzieren. Alleine diese Maßnahme kostet roundabout 1 Milliarde Euro. Es fehlt mir allerdings die Phantasie, wie Sie das realisieren wollen.

(Wolfgang Beuß CDU: Das glaube ich, dass Ihnen die Phantasie fehlt!)

Die Beschäftigten der Terminals haben auch kein Verständnis für das Aussitzen der Verkehrsprobleme im Hafen. Sie stehen im gleichen Stau wie die Lkws und warten teilweise zweieinhalb Stunden, bis sie ihren Arbeitsplatz erreicht haben.

Auch wenn man sich die Vorstellungen der GAL zur Realisierung des mittleren Freihafens einmal anschaut, kann einem nur angst und bange werden.

(Beifall bei der SPD)

Sollte der Bau eines neuen Containerterminals international ausgeschrieben werden, hat man sich per System die asiatische Konkurrenz in den Hafen geholt.

(Christa Goetsch GAL: Das ist ziemlich gequirelter Quatsch, was Sie da reden!)

Dies würde erhebliche negative Auswirkungen auf die heimischen Terminalbetreiber und deren Beschäftigte haben. Sie sollten immer daran denken, dass das Wohl der Freien und Hansestadt Hamburg stets über den Interessen der Parteien stehen muss.

(Harald Krüger CDU: Deshalb ist die SPD auch nicht gewählt worden!)

Ich fordere Sie deshalb auf, uns zu sagen, welchen Kurs Sie einschlagen werden, damit wir die Menschen auf das bevorstehende Desaster aufmerksam machen können. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Berndt Röder: Weitere Wortmeldungen zum ersten Thema sehe ich nicht.

Dann rufe ich das zweite von der GAL angemeldete Thema auf:

Bahn-Privatisierung: Alle Räder stehen still, weil die Regierung nicht weiß, was sie will

Das Wort bekommt der Abgeordnete Kerstan.

(Dr. Michael Naumann SPD: Ich hatte mich gemeldet, Herr Präsident! Bin ich weg oder was? Augen hoch, Herr Präsident! – Glocke)

Verehrter Herr Abgeordneter, niemand vom Präsidium hat Sie hier oben wahrgenommen, aber Belehrungen verbitte ich mir.

(Glocke)

Die SPD-Fraktion beantragt eine Sitzung des Ältestenrats. Die Sitzung ist unterbrochen.

Unterbrechung: 15.44 Uhr

Wiederbeginn: 16.51 Uhr

Präsident Berndt Röder: Meine Damen und Herren! Die Sitzung ist wieder eröffnet. Ich darf Sie bitten, die Plätze einzunehmen. Das Wort hat der Abgeordnete Kerstan.

Jens Kerstan GAL:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! 5700 Bahnhöfe, 33 000 Kilometer Gleisstrecke, jeden Tag Tausende von Zügen, wer kann leugnen, dass die Deutsche Bahn das Rückgrat und ein zentraler Punkt in der Mobilität ist, die auch die meisten Menschen in diesem Lande täglich in ihrem Leben beeinflussen. Wer könnte es leugnen, dass die Deutsche Bahn natürlich auch ein wichtiger Faktor ist, wenn es um den Klimaschutz geht, wenn es darum geht, wachsende Mobilität nicht allein durch den motorisierten Auto- und Schwerlastverkehr stattfinden zu lassen, sondern auch im Sinne des Klimaschutzes mehr Verkehr auf die Straße zu bringen und gleichzeitig die Mobilität vieler Menschen sicherzustellen.

Dass die Deutsche Bahn sich, um diese Ziele zu erreichen, ändern muss, ist jedem von uns bekannt. Jeder – ich hoffe, viele von uns –, der die Deutsche Bahn nutzt, hat erfahren, dass dort noch viel passieren muss. Aber nichtsdestotrotz muss man mit Sorge betrachten, was im Moment in der Großen Koalition in Berlin stattfindet, denn eine Infrastruktur, die über das Wohl und Wehe eines so wichtigen Sektors bestimmt, ist eine staatliche Aufgabe und es sollte selbstverständlich Aufgabe der Politik sein, über den Ausbau und die Zukunft der Deutschen Bahn zu bestimmen, damit diese gemeinwohlorientiert das Beste für den Klimaschutz und die Bevölkerung in diesem Lande tut.

Umso erstaunlicher ist es, wenn man sich anguckt, was denn die jetzt beschlossenen Privatisierungspläne der Deutschen Bahn eigentlich beinhalten. Wenn man sich die Debatte anguckt – wer wird der nächste Kanzlerkandidat, wer hat sich durchgesetzt, was ist mit dem Parteivorsitzenden der SPD, wird er bleiben, die Kanzlerin hat sich durchgesetzt –, dann stellt man fest, dass über diese Frage erstaunlicherweise gar nicht gesprochen wird. Wenn man sich allerdings anguckt, welche Inhalte diese Reform hat, dann verstehe ich auch, warum

(Jens Kerstan)

darüber nicht gesprochen wird, denn dieser Grundsatz, die Infrastruktur, die Bahnhöfe, die Gleise unter staatlichem Einfluss zu behalten, wird von der Großen Koalition in Berlin gemeinsam von CDU und SPD in höchstem Grade gefährdet und das darf nicht sein.

(Beifall bei der GAL)

Wir alle können nur froh sein, dass dieser erste Plan aus dem politischen Absurdistan, die Netzagentur, Teile der Deutschen Bahn an einen privaten Investor zu verkaufen und der Staat müsste 15 Jahre später für 8 Milliarden Euro das Netz zurückkaufen, obwohl er durch die Privatisierung wesentlich weniger bekommt, Gott sei Dank vom Tisch ist. Umso erstaunlicher ist es, dass der neue Plan letztendlich das Gleiche nur in einem anderen Gewand ist. Schauen wir uns doch einmal an, was dort geplant ist.

Es wird eine Holding eines gemeinsam integrierten Konzerns geben, eine Tochter, die zu 100 Prozent dem Staat gehört, wo mal eben 14 Milliarden Euro der Schulden der Bahn verschoben werden. Dann wird es einen renditeträchtigen, teilweise privaten Teil geben, der durch den Börsengang auch noch einmal mit 4,3 Milliarden Euro Eigenkapital ausgestattet wird. Das ist eine Privatisierung im Sinne der CDU: Die Schulden und die Lasten bleiben beim Staat und die anfallenden Gewinne werden mit privaten Investoren geteilt.

(Beifall bei der GAL)

Vor diesem Hintergrund – wir waren eben schon dabei, vor der Wahl ist nach der Wahl oder was man einmal gesagt hat, das sollte man halten – verwundert es mich schon sehr, dass man jetzt vonseiten der SPD hört, dass dieses Konzept, das sich zum ersten Plan im Kern überhaupt nicht geändert hat, zustimmungsfähig sei, weil man ein bisschen weniger der Gewinne mit privaten Investoren teile, aber die Verluste und auch die zukünftigen Lasten weiterhin beim Staat blieben. Diese Position kann ich nun wirklich nicht verstehen. Eine Partei, die gesagt hat, diese Bahn darf nicht aufgeteilt werden, hat dann im Sinne ihres Parteivorsitzenden den Vorschlag gemacht, jetzt müsse man aber noch den Privatverkehr zwischen Regionalverkehr und Fernverkehr aufteilen.

(Ingo Egloff SPD: Das ist doch noch gar nicht beschlossen!)

– Nein, das ist nicht beschlossen worden, Herr Egloff, aber als wir am Montag dieses Thema angemeldet haben, war das der Vorschlag Ihres Kollegen. Es mag sein, dass Ihre Partei Probleme mit den Aussagen Ihres Vorsitzenden hat, das soll aber nicht unser Problem sein.

(Ingo Egloff SPD: Was erzählen Sie denn da? Sie kommen wahrscheinlich vor lauter

Koalitionsverhandlungen nicht mehr zum Zeitunglesen! Quatsch!)

Aber letztendlich haben Sie einer Teilprivatisierung zugestimmt, bei denen private Investoren Einfluss auf das Netz bekommen und Anreize bestehen, die Lasten auf den Staat zu verschieben

(Glocke)

– ich komme zum Schluss – und die Gewinne mit Privaten zu teilen. So darf es nicht kommen und wir alle sollten an unseren Prinzipien festhalten und sagen, keine Bahnprivatisierung, die diese Prinzipien verändern. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Hesse.

Klaus-Peter Hesse CDU:* Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Kollege Kerstan hat es eben gesagt, die Anmeldung für diese Debatte kam vor dem Beschluss des Parteivorstandes, also just in time. Wir freuen uns als Union, dass die SPD diesen Schritt jetzt endlich gemacht hat. Der Zug der Bahnprivatisierung nimmt Fahrt auf und das ist für die Deutsche Bahn, aber auch für die Nutzerinnen und Nutzer der Deutschen Bahn gut so.

Es war aber eine lange Geburt, lieber Kollege Egloff, und wenn ich mir die Historie zur Bahnprivatisierung angucke, waren sich die Koalitionäre eigentlich bereits am 8. November 2006 einig, dass das Netz beim Bund bleiben soll, die Bahn es aber bewirtschaften und in der Bilanz führen kann. Was dann passierte, war etwas, was wir auch bei der SPD in Hamburg in den letzten Wochen und Monaten festgestellt haben. Es gab mehrere Kehrtwenden bei der Bahnprivatisierung. Ähnlich wie zu Moorburg und zur Schulpolitik gab es unterschiedliche Beschlüsse. Es gab unterschiedliche Meinungen und wir wussten gar nicht, was die SPD eigentlich will.

(Beifall bei der CDU)

Am 27. Oktober 2007 gab es auf ihrem Hamburger Parteitag den auch von den Medien weit verbreiteten Beschluss, die Privatisierung der Deutschen Bahn auszubremsen, indem man stimmrechtlose Vorzugsaktien ausgeben möchte. Dieses hat natürlich im Bundesverkehrsministerium und auf Bundesebene zu großen Diskussionen geführt. Am 13. Februar 2008 wurde dann dem Wunsch der Hamburger Parteibasis nach Volksaktien durch den SPD-Vorstand ein Riegel vorgeschoben. Man hat gesagt, so möchte man das vielleicht dann doch nicht.

Am 10. März, wo der Kollege Beck schon wirklich Schwierigkeiten hatte, überhaupt noch eine klare SPD-Position zu diesem Thema zu vermitteln, wur-

(Klaus-Peter Hesse)

de dann – wie man es so häufig tut – eine Arbeitsgruppe bei der SPD eingesetzt, um vielleicht eine gemeinsame Position der Partei zu finden. Glücklicherweise hat sich dann am 14. April, ich habe es bereits erwähnt, unter der Führung von SPD-Chef Kurt Beck die Spitze auf ein nochmals abgespecktes Konzept für eine Teilprivatisierung der Bahn geeinigt. Das ist ein richtiger und notwendiger Weg. Er kommt spät, aber wir als Union sagen: Glücklicherweise kommt er.

(Beifall bei der CDU)

Wie geht es weiter? Am 21. April werden sich dann – und ich hoffe, dass es nicht wieder eine Rückkehr geben wird – das Präsidium und der Vorstand der SPD mit diesem Vorschlag nochmals beschäftigen. Für den 28. April sind dann Beratungen im Koalitionsausschuss über dieses von der SPD vorgeschlagene Modell vorgesehen. Danach wird es natürlich eine Regierungsvorlage und eine Beratung im Parlament geben. Diese Beratung im Parlament, aber auch der Koalitionsausschuss, hat für die Union schon gewisse Bedeutung, denn wir sind der Auffassung, dass das, was die SPD vorgeschlagen hat, lediglich der Anfang sein kann. Die Schwelle von 25 Prozent, die von der SPD vorgeschlagen wurde, muss überschritten werden,

(Ingo Egloff SPD: 24,9 Prozent, Herr Kollege!)

um einen guten Preis für das Aktienpaket zu erzielen, aber auch um das notwendige Geld für Investitionen in die Infrastruktur zu bekommen. Das ist doch genau das Ziel. Wir wollen eine leistungsfähige Deutsche Bahn haben. Das heißt: Wir brauchen auch Fremdkapital für die Infrastruktur. Deswegen kann dieser Beschluss der SPD auch nur der erste Schritt sein.

Es gibt noch weitere Punkte, die für die Union wichtig sind und die zu berücksichtigen sind. Wir wollen eine uneingeschränkte Eigentümerstellung des Bundes haben. Das heißt: Auch Reaktionen auf wirtschaftliche Entwicklungen müssen möglich bleiben. Wir wollen den Abschluss einer Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung. Wir wollen die Stärkung der Bundesnetzagentur für kostengerechte Preise und fairen Wettbewerb. Und wir wollen – ich habe es bereits angedeutet – einen Rückfluss der Privatisierungserlöse in die Schiene, sprich Infrastruktur und Schuldenabbau. Das ist dringend notwendig, genauso wie die Ausschreibung durch die Länder im Nahverkehr für mehr Wettbewerb auf der Schiene.

Die Kapitalprivatisierung der Deutschen Bahn ist auf einem guten Weg, die Deutsche Bahn ist dabei, auch im internationalen Vergleich wettbewerbsfähiger zu werden. Das stärkt auch die Deutsche Bahn im Bereich des Klimaschutzes, wo sie in Konkurrenz zu anderen Verkehrsmitteln steht. Das stärkt auch den Standort Hamburg, denn wir

Hamburger profitieren von der Deutschen Bahn. Deswegen begrüßen wir es, dass der Zug endlich fährt und ich wünsche mir, dass möglichst viele noch mit aufspringen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt die Abgeordnete Karin Timmermann.

Karin Timmermann SPD: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich kann verstehen, dass die GAL lieber über bundespolitische Themen sprechen möchte. Bei landespolitischen Themen besteht bei Ihnen zurzeit eine gewisse Sprachlosigkeit.

(Beifall bei der SPD, bei *Christiane Schneider* und *Kersten Artus*, beide *DIE LINKE*)

Wir haben klare Vorstellungen und Ziele, in welche Richtung der Zug beziehungsweise die Bahn fahren soll. Für die SPD steht fest: Keine Zerschlagung der Deutschen Bahn AG und damit Erhalt des konzerninternen Arbeitsmarktes. Wir haben eine Verantwortung für 230 000 Menschen, die heute bei der Deutschen Bahn AG arbeiten. Davon sind alleine 8 500 in Hamburg beschäftigt. Keine Einschränkung des Bundes in der Wahrung der Eigentumsrechte, kein Zugriff der Investoren auf die Kernaufgaben der Bahn, zu denen neben einer gut ausgebauten Infrastruktur auch ein funktionierender Regionalverkehr gehört. Ziel muss es sein, den Menschen ein verlässliches, bezahlbares, attraktives und umweltfreundliches Verkehrsangebot zu machen.

(Beifall bei der SPD)

Mit dem Strukturmodell – Herr Hesse hat darauf hingewiesen – schlägt die SPD ein Modell vor, bei dem die Menschen keine Angst haben müssen, dass überzogene Renditeinteressen zur Stilllegung von Verkehrsverbindungen führen. Durch die Erlöse einer Teilprivatisierung könnten aus unserer Sicht wichtige Ziele einer Bahnreform umgesetzt werden. Dazu gehören unter anderem Folgende: Der Schienenverkehr muss für Personen und Güter gesichert bleiben, das Netz muss besser werden. Trotz erheblicher Investitionen ins Schienennetz zeigen bestehende Langsamfahrstellen, dass noch heute erheblicher Investitionsbedarf besteht. Die Bahn muss kundenfreundlicher werden. Nur wenn dies gelingt, können wir erreichen, dass mehr Menschen umsteigen und die Bahn nutzen. Die Bahn muss auch leiser und energieeffizienter werden. Mehr Schienenverkehr ist nur zumutbar, wenn effiziente Technologien eingesetzt werden. Wir brauchen auch mehr Lärmschutz. Die Verkehrsstationen und Bahnhöfe müssen attraktiver und noch besser zugänglich sein, auch für ältere Menschen und Menschen mit Mobilitätseinschränkungen.

(Karin Timmermann)

An diesen genannten Punkten erkennen Sie, dass wir eine klare Positionierung haben – im Gegensatz zur CDU. Auch wenn Herr Hesse uns etwas anderes zu vermitteln versucht. Es ist natürlich nicht so, wie Sie es dargestellt haben, Herr Hesse, dass Sie sich so einig sind. Wenn ich das richtig in Erinnerung habe, gab es doch einige Differenzen zwischen der CDU und der CSU, die dort auch noch ein Wörtchen mitzureden hat. Es ist zu hoffen, dass die CDU auch kurzfristig konstruktive Vorschläge macht, damit diese Reform auf den Weg gebracht werden kann. – Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Berndt Röder: Das Wort erhält die Abgeordnete Gregersen.

(*Norbert Hackbusch DIE LINKE:* Und ich? Ich habe mich inzwischen zehnmal gemeldet!)

Ob Sie freundlicherweise einen Blick in die Geschäftsordnung werfen, Herr Hackbusch. Die Wortmeldungen gehen nämlich nach den Stärken der Fraktionen. – Bitte schön.

(Zuruf: Aber die GAL war schon dran! – *Michael Neumann SPD:* Jetzt aber mal keinen Ältestenrat! – Unruhe im Hause)

Bleiben Sie bitte ganz ruhig und gelassen. Ich werde zu Recht darauf hingewiesen, dass Herr Kerstan der GAL angehört. – Bitte schön, Herr Hackbusch.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Norbert Hackbusch DIE LINKE:* Vielen Dank, Herr Präsident! Meine Damen und Herren, Sie können sich vorstellen: Ich bin über diese Entscheidung der Sozialdemokratie,

(*Klaus-Peter Hesse CDU:* ... nicht glücklich!)

25 Prozent zu verkaufen,

(Zurufe: 24,9!)

– 24,9 Prozent – nicht glücklich.

Ich will auch sagen, warum. Wir alle, die etwas mehr Erfahrung in der Politik in Hamburg haben, haben Erfahrungen mit einem 24,9-Prozent-Anteil, also mit 75,1 Prozent, die die Freie und Hansestadt Hamburg damals an der HEW hatte. Ich weiß nicht, ob Sie sich noch an die Diskussion erinnern, was man aufgrund dessen politisch machen konnte und was nicht, und ob Sie sich noch daran erinnern, was alles nicht möglich war. Es ist nicht so, dass die Politik dann noch die erste Geige spielt. Sondern es ist so – und das waren auch die Erfahrungen mit der HEW, die Sie alle gemacht haben –, dass in dem Augenblick das Investoreninteresse das entscheidende Moment ist. Deswegen ist diese Entscheidung der Sozialdemokratie ein raben-

schwarzer Tag, und zwar ein rabenschwarzer Tag für die Demokratie, für die Verkehrspolitik und für die Klimapolitik in dieser Stadt und in diesem Land.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Martina Gregersen GAL*)

Warum für die Demokratie? Das andere wurde schon häufig genannt. Warum für die Demokratie? Vielleicht mag Sie das erstaunen. Aber ich habe den Eindruck, Sie sind sich gar nicht mehr bewusst, in welcher Republik Sie eigentlich regieren – diese Große Koalition im Bund. Es ist eine große Mehrheit in der Bevölkerung, die gegen diesen Verkauf und gegen die Privatisierung ist, und zwar festgestellt von allen Instituten. Ich weiß nicht, ob Sie eigentlich noch mit den Wählern reden. Nein, Sie diskutieren im Allgemeinen, wie man das eben auch in dieser Debatte mitbekommen hat. Allgemeine Wunschvorstellungen, was wünsche ich mir alles von einer Bahn, was sind alles meine Träume, das soll alles schöner und bunter werden und dafür hole ich mir die privaten Investoren herein. Das ist doch Unsinn. Alle Versuche, die mit Privatisierung von Bahn international gemacht worden sind, sind gescheitert.

(Beifall bei der LINKEN, bei *Martina Gregersen* und *Horst Becker*, beide GAL)

Schauen Sie sich doch an, was in Großbritannien passiert ist. Schauen Sie sich die Ergebnisse in den USA an. Im Nachhinein musste der Staat nicht nur Milliarden abschreiben, sondern das Ganze auch wieder unter staatliche Fittiche nehmen, weil die Bahn in diesen Ländern abgesackt ist. Die wichtige Aufgabe, in der Verkehrspolitik etwas Zentrales darzustellen, und auch die wichtige Aufgabe, in der Klimapolitik dem Hauptverschmutzer, dem privaten Verkehr, entgegenzutreten zu können, bewältigt eine privatisierte Bahn nicht. Deswegen ist es ein rabenschwarzer Tag für die Entwicklung dieser Republik, ein rabenschwarzer Tag eben auch in der Klimapolitik.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Horst Becker GAL*)

Ich weiß auch nicht mehr – die Argumente sind lange hin und her diskutiert worden, nicht auf diesem schwachen Niveau wie eben, sondern auf einem besseren Niveau –, was eigentlich der Motor ist.

(*Michael Neumann SPD:* Früher war alles besser!)

Es ist klar nachgewiesen worden, dass das nicht im Interesse der Bahn und des Verkehrs ist und so weiter. Es gibt einen entscheidenden Motor der ganzen Angelegenheit und der hat einen Namen. Dieser Motor ist Herr Mehdorn. Herr Mehdorn will aus irgendwelchen Gründen einen internationalen Logistikkonzern aufbauen. Solche Fantasien kennen wir von anderen Unternehmen. Wir befürch-

(Norbert Hackbusch)

ten, dass das katastrophale wirtschaftliche Auswirkungen haben wird. Wir haben nicht das Interesse, eine Bahn als internationalen Logistikkonzern zu haben. Meine größte Befürchtung dabei ist, dass viele Menschen und viele Politiker in den Reihen der CDU und SPD, die jetzt auf Bundesebene dieses Gesetz mit entwickeln werden, in wenigen Jahren Berater in diesem neuen Unternehmen sein werden oder dort andere Posten haben werden. Das haben wir bei vielen Beispielen von Privatisierung schon erlebt und das ist die größte Katastrophe für die Demokratie.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Berndt Röder: Nun bekommt das Wort die Abgeordnete Gregersen.

Martina Gregersen GAL:* Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ein unrentables Netz und die Bahnhöfe bleiben beim Land und der Rest geht an die Börse. Auch wenn das jetzt nur 24,9 Prozent sind, also nur eine Viertelprivatisierung, ist es nicht unschädlicher. Und es ist nicht so unschädlich, wie die SPD-Linken es glauben sollen und wie man es auch gerne den Bundesbürgern vormacht. Denn eine Viertelprivatisierung ist nur ein Schritt oder ein Zwischenschritt zu einer weiteren Privatisierung. Auch wenn es nun eine Viertelprivatisierung ist, ist das Problem, dass man auch mit diesen fast 25 Prozent sehr viel mehr Mitwirkung hat, als Sie uns glauben machen möchten.

Schauen wir einmal hinüber zur TUI. Dort hat es ein Anteilseigner mit nur 5 Prozent geschafft, den Laden zu sprengen und Flug- und Schiffsverkehr voneinander zu trennen. Wenn wir jetzt allen Leuten sagen, alle Rechte und alle Mitsprache bliebe bei uns, dann ist das Augenwischerei und es ist auch nicht das, was die Kollegen der SPD auf ihrem Parteitag in Hamburg beschlossen haben.

Der Kollege Kerstan hat es ausgeführt. Es wird in ganz erheblichem Umfang Streckenstilllegungen geben und die Fahrpläne werden noch weiter ausgedünnt.

(Karin Timmermann SPD: Das ist doch gar nicht möglich!)

Die Länder können dann sagen, dass sie das gar nicht wollen und können das dann weiter finanziell abfangen und abmildern oder die Strecken werden stillgelegt. Was aber stattfinden wird, ist, dass die Strecken nach München und Berlin weiter gut ausgebaut werden und dass der ICE überall dort, wo er effektiv fährt und rentabel ist, immer schneller wird und dass man irgendwann vielleicht schneller nach Berlin kommt als nach Büchen, Itzehoe oder Lüneburg.

Ein Vorstand, der dann der Bahn vorsteht, hat nur zwei Möglichkeiten. Er kann ohne Rücksicht auf

Mitarbeiter und Kunden arbeiten und alles auf Gewinnmaximierung setzen oder würde sonst, wenn er dieses nicht tut, den Investoren einen Nachteilsausgleich geben müssen oder dazu verklagt werden, wenn er Strecken betreibt, die weiterhin unrentabel laufen. Also steht er mit dem Rücken an der Wand und kann dieses nicht machen. Es gibt Studien, die besagen: Zwei Drittel der IC-Strecken und der Regionalbahn werden bis 2015 stillgelegt werden. Wenn man sich die Studie, die im April in Berlin von der KCW vorgestellt worden ist, anschaut, dann ist es für mich erschütternd.

Wir haben die Ortszentren, die Oberzentren der Bahn: Alles weiße Punkte, die existieren. Und wir haben eine weitere Liste: Fast alles schwarz, Strecken, die ausgedünnt werden. Wir haben Strecken, die erhebliche Fahrplanverschlechterungen bekommen oder wo die Fahrt ganz eingestellt wird. Das ist nicht das, was wir für die Bürger in der Region wollen, auch wenn vielleicht Hamburg davon profitieren würde. Man muss auch aus dem Nahverkehr und aus der Umgebung kommen und nicht nur schnell von Stadt zu Stadt. Die Schnellstrecken werden Top und die Regionalverbindungen werden Flop. Das ist dann betriebswirtschaftlich sehr profitabel aber verkehrspolitisch absolut fragwürdig. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der LINKEN)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Hesse.

Klaus-Peter Hesse CDU:* Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn ich mir die Reden vom Kollegen Hackbusch, aber auch jetzt von der Kollegin Gregersen, angehört habe, habe ich den Eindruck, dass Sie nicht verstanden haben, worum es momentan in diesem SPD-Vorschlag geht.

(Barbara Duden SPD: Das gilt nicht für Frau Gregersen, das muss man einmal sagen!)

Die DB AG bleibt zu 100 Prozent im Eigentum des Bundes. In einem Beteiligungsvertrag zwischen Bund und DB AG werden die Strukturen des Unternehmens festgelegt und die Eisenbahninfrastrukturunternehmen bleiben weiterhin der DB AG zu 100 Prozent im öffentlichen Eigentum untergeordnet.

Das sind klare Ansagen, die in diesem Fall von den Sozialdemokraten kommen, die wir auch unterstützen und die Ihre Befürchtung wirklich ins Abstruse führen. Erwecken Sie doch nicht den Eindruck, als ob jede Privatisierung schädlich wäre und jedes fremde Kapital zu Schlechtleistung führt. Im Gegenteil: Wir brauchen bei der Deutschen Bahn fremdes Kapital, um die Deutsche Bahn auch konkurrenzfähig zu machen, lieber Kollege Hackbusch, und um die Deutsche Bahn und den

(Klaus-Peter Hesse)

Klimaschutz zu fördern, für den die Deutsche Bahn steht. Insofern ist der Weg, den die Sozialdemokraten eingeschlagen haben, der richtige und wir werden ihn in den nächsten Tagen und Wochen auch konstruktiv begleiten.

Wettbewerb ist notwendig, denn wir haben auch aus Hamburger Sicht – und wir sind hier im Hamburger Landesparlament – unsere eigenen Interessen und Vorstellungen, was wir von der Bahn noch haben wollen. Auch dafür braucht die Bahn Kapital. Der Kollege der SPD-Fraktion hat vorhin von der Notwendigkeit gesprochen, Infrastruktur und Hinterlandverbindungen auch für den Hafen zu verbessern. Das sind alles Investitionen, die benötigt werden. Dafür braucht man Kapital. Wir brauchen Investitionen in umweltfreundliches und leichtes Zugmaterial, die Kollegin Timmermann hat bereits darauf hingewiesen. Wir wollen an der Güterumgehungsbahn hier in Hamburg und auch an vielen anderen Strecken – ob in Harburg oder sonst wo – Lärmschutz haben. Auch da gehen wir zur Deutschen Bahn und sagen, wir bräuchten Geld und Unterstützung, auch wenn sie rechtlich dazu nicht verpflichtet sind.

Diebstech, die Verlegung des Bahnhofs Altona – ich erinnere mich an die letzte Legislatur – ein einstimmiger Beschluss hier im Parlament, bei dem wir gesagt haben, wir sähen dort eine Option und Perspektive, dass der Bahnhof in Altona verlegt wird und die Deutsche Bahn dort an einen für sich aber auch für die Stadt attraktiveren Standort wechselt. Auch das sind Investitionen, die die Deutsche Bahn für den Standort Hamburg tätigen soll. Ich glaube deshalb, dass wir nicht so tun können, als ob wir auf der Insel der Glückseligen sind und die Deutsche Bahn so weiter wirtschaften sollte wie bisher.

(Glocke)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Pardon, ich habe nur die Glocke verrückt.

Klaus-Peter Hesse (fortfahrend): – Ach so. Dann bin ich beruhigt.

Deswegen sehe ich auch anders als Frau Gregeren die Chance, dass wir – fast jede Fernstrecke ist unrentabel, das werden Sie aus Ihrer Studie herausgelesen haben, es gibt kaum Fernstrecken, die sich wirklich rentabel von der Deutschen Bahn betreiben lassen – mit dem politischen Einfluss, den wir als Staat, Stadt und Politik weiterhin behalten werden, dafür sorgen werden, dass die Nahversorgung, aber auch die Fernversorgung, auf der Schiene erhalten bleiben wird. Die Gefahr, dass ohne frisches und neues Kapital eher über unrentable Strecken nachgedacht wird, ist viel größer, als wenn man die Deutsche Bahn konkurrenzfähig macht und sie stärkt. Deswegen ist der eingeschlagene Weg richtig. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Egloff.

Ingo Egloff SPD:* Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! An dieser Stelle – was die grundsätzlichen Ausführungen des Kollegen Hesse in seinem zweiten Beitrag angeht – muss ich ihm zustimmen. Es ist nicht so, dass mit der eingeschlagenen Bahnreform das, was an die Wand gemalt worden ist, Realität wird, nämlich dass wir Verhältnisse wie in Großbritannien bekommen. Es ist in diesem Strukturmodell dafür gesorgt worden, dass die Infrastruktur zu 100 Prozent beim Bund bleibt. Es ist nicht umsonst so, dass bei der Betriebs-AG nur 24,9 Prozent sozusagen an die Börse gegeben und privatisiert werden sollen, weil an den 75,1 Prozent auch dranhängt, wer die bestimmenden Personen im Aufsichtsrat sind und ob man es zulässt, ob fremde Leute in den Aufsichtsrat kommen oder ob der Bund nach wie vor derjenige ist, der im Aufsichtsrat bestimmt, wo es hingehet. Das ist mit diesem Modell vermacht.

Wir können doch nicht so tun, als ob die Deutsche Bahn AG ein Konzern ist, bei dem alles in Ordnung ist. Herr Hesse hat eben auf die Situation hingewiesen, in der wir uns insbesondere in Hamburg befinden, was die Frage der Investitionen im Seehinterlandverkehr angeht. Wir konkurrieren doch ständig mit den süddeutschen Bundesländern um Bundesmittel – darum, ob diese Strecken ausgebaut werden, ob es die Y-Trasse gibt, ob die Strecke nach Lübeck elektrifiziert wird oder wie die Containerzüge aus dem Hamburger Hafen weggeschafft werden. Das ist einer der wichtigen Punkte, in die beispielsweise im Rahmen der Erlöse, die aus dieser Privatisierung erfolgen, investiert werden soll. Dafür soll das Geld zum Teil verwandt werden.

(Norbert Hackbusch *DIE LINKE*: Das stimmt doch gar nicht!)

– Natürlich auch für die Eigenkapitalerhöhung.

Wenn hier so getan wird, als ob es Streckenstilllegungen gibt – diese wird es nicht ohne Zustimmung der Bundesländer geben. Auch das ist festgelegt worden. Es wird auch weiterhin Zuschüsse für den Regionalverkehr geben. Auch das ist geklärt. Man sollte hier nicht so tun, als ob irgendwas ganz Schlimmes passiert und wir eine Situation wie in Großbritannien haben, wo die Schienen wegbrechen und in der Tat die Privatisierung der Eisenbahn, weil sie unkontrolliert passiert ist, zu einer Situation geführt hat, die nicht hinnehmbar ist, weil Bahn natürlich öffentliche Daseinsvorsorge ist. Deswegen haben wir als Sozialdemokraten gesagt: 24,9 Prozent einer Betriebsgesellschaft und nicht 24,9 Prozent des gesamten Konzerns. 100 Prozent der Infrastruktur bleiben beim Bund.

(Ingo Egloff)

Der integrierte Arbeitsmarkt für 230 000 Mitarbeiter bleibt erhalten.

Herr Hesse, an dem Punkt widerspreche ich Ihnen. Für uns Sozialdemokraten sind 24,9 Prozent die Deadline und nicht der Anfang für weitere Beteiligungen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt für noch vier Minuten der Abgeordnete Dr. Bischoff.

Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir sind uns hier wahrscheinlich alle darüber einig, dass die Eisenbahn oder der Schienenverkehr zum attraktiven Verkehrsmittel der Zukunft gemacht werden muss. Das wurde von allen Fraktionen noch einmal sehr schön dargestellt. Jetzt sagen Sie – und da will ich nur noch einmal den Dissens festhalten: Das bekommen wir nur hin, wenn wir privatisieren. Und Sie sagen jetzt, diese Teilprivatisierung, die vielleicht kommt, sei doch gar nicht so schlimm. Ich will Ihnen noch einmal sagen: Wenn Sie sich das im Vergleich anschauen, dann ist es so, dass kein Verkehrsträger die Kosten marktwirtschaftlich hereinbekommt. Das gilt bei der Bahn, das gilt beim Flugzeug und bei den Automobilen. Das heißt: Eine Gesellschaft muss in jedem Fall Rahmenbedingungen vorhalten, wenn es ein modernes Verkehrsmittel haben will. Insofern sagen wir immer: Dieser Weg der Teilprivatisierung oder Privatisierung, weil man das sonst nicht hinbekäme, ist – entschuldigen Sie, wenn ich das einmal sage – wirklich eine schlechte Rechnung, weil Sie dabei bestimmte Kosten einfach nicht mit einbeziehen. Das heißt: Gesellschaftliche Rahmenbedingungen müssen wir aufwenden. Wir haben das gerade – Herr Naumann hat es auch im Wahlkampf immer wieder gesagt – auch für Hamburg gesagt. Wir können mit diesem Weg der Privatisierung nicht weitermachen.

Ich möchte sein Wort noch einmal aufgreifen. Natürlich hieß es auf dem Hamburger Bundespartei-tag der SPD, dieser Ungeist der Privatisierung hätte sich jetzt verflüchtigt – außer bei den CDU-Kollegen. Wenn ich mir das das jetzt anhöre, dann müssen wir feststellen, dass er sich nicht verflüchtigt hat. Sie machen einen riesigen Fehler, weil Sie erneut – wie bei vielen anderen Punkten – gegen die Mehrheitsmeinung regieren. Wenn irgendetwas feststeht, dann das: Es gibt Alternativen dazu, man kann das anders machen, man muss kein Kapital hereinholen und ein Großteil der Bevölkerung möchte eine Modernisierung der Bahn, möchte das attraktiv machen, will es aber nicht mit Privatisierung machen. Wenn Sie sich einmal die Bilanz der Privatisierung anschauen, die auf dem Tisch liegt, dann werden Sie feststellen, dass die Erfahrungen der Bürgerinnen und Bürger mit Privatisierung in

der überwiegenden Meinung negativ sind. Da gibt es kaum positive Aspekte. Weitere Privatisierungen werden ausgesprochen kritisch gesehen. Insofern sagen wir Ihnen: Das ist noch nicht das Ende dieser Auseinandersetzung. Sie werden die Privatisierung an diesem Punkt genauso wenig wie in anderen Punkten durchbekommen. Mit Privatisierung löst diese Gesellschaft keine Probleme.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Berndt Röder: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Jetzt stelle ich einmal die Frage, ob ich das dritte Thema noch für 60 Sekunden aufrufen soll. – Das ist offensichtlich nicht der Fall. Dann ist die Aktuelle Stunde beendet.

Ich komme dann zu Tagesordnungspunkt 2, Wahl einer Ersten Vizepräsidentin oder eines Ersten Vizepräsidenten.

[Wahl einer Ersten Vizepräsidentin oder eines Ersten Vizepräsidenten]

Von der SPD-Fraktion ist Frau Barbara Duden vorgeschlagen worden. Weitere Vorschläge liegen mir nicht vor. Diese Wahl findet in Wahlkabinen statt. Wir verfahren nun so, dass Frau Bekeris und Herr Hecht abwechselnd die Mitglieder der Bürgerschaft in alphabetischer Reihenfolge aufrufen werden. Ich bitte Sie dann zur Kanzleibank zu gehen, dort den Stimmzettel entgegenzunehmen und dann Ihre Wahlentscheidung in einer der Kabinen vorzunehmen. Der Stimmzettel enthält wie gewöhnlich Felder für Zustimmung, Ablehnung oder Enthaltung. Bitte vermerken Sie nur ein Kreuz auf diesem Stimmzettel. Danach geben Sie den Stimmzettel bitte hier vorne an der Wahlurne ab. Ich bitte mit dem Namensaufruf zu beginnen.

(Glocke)

Wenn Sie freundlicherweise auch die Mikrofone der Schriftführer freischalten würden?

(Der Namensaufruf und die Wahlhandlung werden vorgenommen.)

(Glocke)

Präsident Berndt Röder: Meine Damen und Herren! Ist ein Mitglied des Hauses nicht aufgerufen worden? – Das ist nicht der Fall. Dann stelle ich fest, dass die Stimmabgabe geschlossen ist. Ich erkläre die Wahlhandlung für geschlossen. Ich bitte, die Stimmenauszählung vorzunehmen. Für die Dauer der Auszählung ist die Sitzung unterbrochen.

Unterbrechung: 16.37 Uhr

Wiederbeginn: 16.44 Uhr

Präsident Berndt Röder: Meine Damen und Herren! Die Sitzung ist wieder eröffnet.

Ich gebe das Ergebnis bekannt. Es sind 119 Stimmzettel abgegeben worden, alle gültig. Von den gültigen Stimmzetteln waren 105 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen und 6 Stimmenthaltungen. Damit ist Frau Duden gewählt worden.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Ich darf zunächst Frau Duden fragen, ob sie die Wahl annehmen möchte.

Barbara Duden SPD: Ich nehme die Wahl an.

Präsident Berndt Röder: Dann bitte ich Sie, zu mir zu kommen, damit ich hier oben nicht mehr so alleine bin.

Tagesordnungspunkt 3: Wahl von zwei Vizepräsidentinnen oder Vizepräsidenten.

[Wahl von zwei Vizepräsidentinnen oder Vizepräsidenten]

Von der CDU-Fraktion ist Herr Wolfhard Ploog, von der Fraktion DIE LINKE Herr Wolfgang Joithe-von Krosigk vorgeschlagen. Weitere Vorschläge liegen mir nicht vor. Die Wahl findet wie immer in Wahlkabinen statt. Das Verfahren entspricht dem der vorangegangenen Wahl. Der Stimmzettel liegt Ihnen vor. Er enthält bei den Namen Felder für Zustimmung, Ablehnung und Enthaltung. All dieses ist Ihnen bekannt. Ich bitte, den Stimmzettel entsprechend auszufüllen und mit nur einem Kreuz zu versehen und ihn dann abzugeben. Ich bitte Herrn Hecht, mit dem Namensaufruf zu beginnen.

(Der Namensaufruf und die Wahlhandlungen werden vorgenommen.)

Meine Damen und Herren! Ist ein Mitglied des Hauses nicht aufgerufen worden? – Das ist nicht der Fall. Dann stelle ich fest, dass alle Abgeordneten aufgerufen worden sind. Die Stimmgabe ist abgeschlossen. Ich erkläre die Wahlhandlung für geschlossen.

Ich bitte nun, die Stimmauszählung vorzunehmen. Für die Dauer der Stimmauszählung ist die Sitzung unterbrochen. Ich schätze, für sechs bis acht Minuten.

Unterbrechung: 16.59 Uhr

Wiederbeginn: 17.19 Uhr

Präsident Berndt Röder: Meine Damen und Herren! Die Sitzung ist wieder eröffnet.

Ich gebe Ihnen die Abstimmungsergebnisse bekannt. Bei der Wahl von zwei Vizepräsidenten sind 119 Stimmzettel abgegeben worden. Davon waren bei Herrn Ploog 119, also alle Stimmzettel gültig,

bei Herrn von Krosigk 118, somit 1 Stimmzettel ungültig. Auf Herrn Ploog entfielen 107 Ja-Stimmen bei 9 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen. Damit ist Herr Ploog gewählt worden.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Auf Herrn Joithe-von Krosigk entfielen 67 Ja-Stimmen bei 37 Nein-Stimmen, 14 Stimmenthaltungen und einer ungültigen Stimme. Damit ist Herr Joithe-von Krosigk gewählt worden.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Ich darf zunächst Herrn Ploog fragen – meine Damen und Herren, bedrängen Sie bitte den Herrn Vizepräsidenten nicht so: Herr Ploog, nehmen Sie die Wahl an?

Wolfhard Ploog CDU: Jawohl, ich nehme die Wahl an, Herr Präsident.

Präsident Berndt Röder: Herr von Krosigk, darf ich Sie fragen, ob Sie die Wahl annehmen?

Wolfgang Joithe-von Krosigk DIE LINKE: Ja, ich nehme die Wahl an.

Präsident Berndt Röder: Herzlichen Glückwunsch!

Ich rufe dann Tagesordnungspunkt 4 auf, Wahl von zwei Schriftführerinnen oder Schriftführern.

[Wahl von zwei Schriftführerinnen oder Schriftführern]

Meine Damen und Herren, Sie finden vor sich auf dem Tisch einen grünen Stimmzettel. Darauf stehen die beiden Vorschläge für die Wahl der Schriftführerinnen oder Schriftführer. Ich gehe davon aus, dass weitere Vorschläge nicht gemacht werden. Ist das so richtig? – Das ist so richtig. Der Stimmzettel enthält bei den Namen jeweils ein Feld für Ja-Stimmen, für Nein-Stimmen und für Enthaltungen. Sie dürfen bei jedem Namen nur ein Kreuz machen. Mehrere Kreuze machen den Stimmzettel ungültig. Bitte nehmen Sie Ihre Wahlentscheidung vor.

(Die Wahlhandlung wird vorgenommen.)

Dann bitte ich die vorläufigen Schriftführer, die Stimmen einsammeln zu wollen.

Meine Damen und Herren, darf ich davon ausgehen, dass alle Stimmzettel ausgefüllt und abgegeben worden sind? – Das ist offensichtlich der Fall. Ich schließe die Wahlhandlung. Ich bitte Sie, jetzt noch nicht zu gehen.

Sondern ich rufe jetzt gleich den nächsten Tagesordnungspunkt auf, nämlich die Punkte 5 und 6, Drucksachen 19/1 und 19/8: Wahl von vier ordentlichen Mitgliedern und acht stellvertretenden Mit-

(Präsident Berndt Röder)

gliedern für die Härtefallkommission und Wahl eines Datenschutzgremiums nach Paragraf 14 der Datenschutzordnung der Bürgerschaft.

[Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft:

Wahl von vier ordentlichen Mitgliedern und acht stellvertretenden Mitgliedern für die Härtefallkommission

– Drs 19/1 –]

[Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft:

Wahl eines Datenschutzgremiums nach § 14 der Datenschutzordnung der Bürgerschaft

– Drs 19/8 –]

Die Stimmzettel liegen Ihnen vor – nunmehr in den Farben orange und gelb. Sie enthalten bei den Namen jeweils ein Feld für Zustimmung, Ablehnung und Enthaltung. Sie dürfen bei jedem nur ein Kreuz machen, bitte wirklich nur eins. Bitte nehmen Sie jetzt Ihre Wahlentscheidung vor.

(Die Wahlhandlungen werden vorgenommen.)

Meine Damen und Herren, darf ich davon ausgehen, dass Sie die Zettel haben ausfüllen können? Wenn nicht, nehmen Sie das bitte jetzt vor.

Dann darf ich die vorläufigen Schriftführer bitten, mit dem Einsammeln beginnen zu wollen.

Meine Damen und Herren, befinden sich noch irgendwo vereinsamte orangefarbene Stimmzettel? – Das ist nicht der Fall. Dann schließe ich die Wahlhandlung.

Ich gehe davon aus, dass die Auszählung stattfinden wird und wir die Ergebnisse zu Protokoll geben werden.*

Jetzt werden die Stimmen für die Schriftführerinnen und Schriftführer ausgezählt. Bis zur Bekanntgabe des Ergebnisses ist die Sitzung unterbrochen. Ich gehe davon aus, dass unser bewährtes Team dieses in fünf bis sechs Minuten ausgezählt haben wird.

Unterbrechung: 17.28 Uhr

Wiederbeginn: 17.38 Uhr

Präsident Berndt Röder: Meine Damen und Herren! Ich bitte Sie, Ihre Plätze wieder einzunehmen. Ich gebe Ihnen das Ergebnis zur Wahl für die Schriftführerinnen beziehungsweise den Schriftführern bekannt: Abgegebene Stimmen 118, alle gültig.

(Beifall bei *Michael Neumann SPD*)

– Vielen Dank.

Auf Frau Thomas sind entfallen: 111 Ja-Stimmen, drei Nein-Stimmen und drei Enthaltungen.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Auf Herrn Hakverdi sind entfallen: 110 Ja-Stimmen, vier Nein-Stimmen und zwei Enthaltungen.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Ich bitte um Nachsicht, dass ich die mir überreichten Zettel nur bedingt lesen kann. Das geht zu Recht nicht auf. Ich wiederhole es noch einmal, weil sich hier in der Addition noch ungültige Stimmen herausstellen, und zwar zwei ungültige Stimmzettel bei Herrn Hakverdi und eine ungültige Stimme bei Frau Thomas.

Somit lautet das Ergebnis bei Frau Thomas: 111 Ja-Stimmen, drei Nein-Stimmen, drei Enthaltungen und einem ungültigen Stimmzettel.

Das Ergebnis bei Herrn Hakverdi: 110 Ja-Stimmen bei vier Nein-Stimmen, zwei Enthaltungen und zwei ungültigen Stimmzetteln.

Herr Neumann, Sie müssen leider Ihren Beifall von eben wieder zurücknehmen.

Frau Thomas, ich darf Sie fragen, ob Sie die Wahl annehmen.

Elke Thomas CDU: Ja!

Präsident Berndt Röder: Herr Hakverdi, ich darf auch Sie fragen, ob Sie die Wahl annehmen.

Metin Hakverdi SPD: Ja!

Präsident Berndt Röder: Damit haben beide mit Ja geantwortet. Ich danke Frau Bekeris und Herrn Hecht recht herzlich dafür, dass Sie als vorläufige Schriftführerin und Schriftführer uns unterstützt haben und dieses über einen so langen Zeitraum.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Meine Damen und Herren! Die beiden gerade gewählten Schriftführer bitte ich nunmehr, sich nach nebenan zu begeben und die vorher eingesammelten Stimmzettel auszuzählen.

(Zuruf: Das habt Ihr nun davon!)

Bevor ich jetzt den Tagesordnungspunkt 22 aufrufe, bin ich gebeten worden, kurz für einige Fotos mit der Schriftführerin und dem Schriftführer zu unterbrechen.

*Siehe Anlage 1, Seite 83 und 84

(Präsident Berndt Röder)**Unterbrechung: 17.41 Uhr****Wiederbeginn: 17.43 Uhr**

Präsident Berndt Röder: Wir fahren jetzt in der Sitzung fort. Ich rufe den Tagesordnungspunkt 22 auf, Drucksache 19/24, Antrag der SPD-Fraktion: Wiedereinführung eines Sozialtickets.

**[Antrag der Fraktion der SPD:
Wiedereinführung eines Sozialtickets
– Drs 19/24 –]**

Hierzu liegt Ihnen als Drucksache 19/115 ein Antrag der Fraktion DIE LINKE vor.

**[Antrag der Fraktion DIE LINKE:
Wiedereinführung eines Sozialtickets
– Drs 19/115 –]**

Beide Drucksachen möchte die GAL-Fraktion an den Verfassungsausschuss überweisen. Wer wünscht das Wort? – Die Abgeordnete Frau Timmermann hat es.

Karin Timmermann SPD: Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Die Abschaffung des Sozialtickets zum Ende 2003 war ein großer Fehler.

(Beifall bei der SPD, der GAL und der LINKE)

Diese vom damaligen CDU-/Schill-Senat vorgenommene Einsparmaßnahme ging zulasten der Einkommensschwächsten. Der Hinweis des CDU-Senats auf die kostengünstige CC-Karte ist aufgrund der überproportionalen Preiserhöhung – im letzten Jahr waren es 7,8 Prozent – ein Hohn.

(Erste Vizepräsidentin Barbara Duden übernimmt den Vorsitz.)

Die CC-Karte im Großbereich Hamburg kostet heute im Abonnement monatlich 38,40 Euro, ohne Abo sogar 46,50 Euro. Zur Erinnerung: Das Sozialticket kostete 15 Euro.

Bezahlbarer Wohnraum, einen Arbeitsplatz sowie die Gewährleistung einer erforderlichen Mindestmobilität sind Grundvoraussetzungen, die für die Menschen geschaffen werden müssen. Um heutzutage einen Job zu finden, ist neben Flexibilität vor allem Mobilität eine Voraussetzung. Nur wenn es möglich ist, sich zumindest im Großbereich Hamburg kostengünstig bewegen zu können, haben die Bezieherinnen und Bezieher von Arbeitslosengeld II überhaupt eine Chance, sich bei potenziellen Arbeitgebern zu bewerben. Auch Bevölkerungsgruppen, die aufgrund ihres Alters oder dauernder Erwerbsminderung Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts erhalten, werden bewusst aus der Gesellschaft ausgeschlossen, wenn

man ihnen ihre Mobilität nimmt. Dies gilt es auf jeden Fall zu verhindern.

(Beifall bei der SPD)

Bislang sind alle Initiativen zur Wiedereinführung des Sozialtickets gescheitert. Die im Mai 2007 eingeführte Sozialkarte, die eine Ermäßigung von 5 Euro pro Monat ermöglicht, ist zwar ein richtiger Schritt, aber bei Weitem nicht ausreichend, wenn man bedenkt, dass die CC-Karte 41,50 Euro kostet und während der rush hour im Berufsverkehr nicht nutzbar ist. Wenn man einmal nachrechnet, wie die Entwicklung ist, kostet diese Karte über 100 Prozent mehr als seinerzeit das Sozialticket.

Mit unserem Antrag wollen wir die Wiedereinführung des Sozialtickets für den Großbereich Hamburg ohne Sperrzeiten zum Preis von 20 Euro auch für die Besitzerinnen und Besitzer von Grundleistungen einführen. Insgesamt ist es unsere Pflicht dafür Sorge zu tragen, dass alle Menschen den öffentlichen Personennahverkehr zu sozialverträglichen Preisen in Anspruch nehmen können.

(Beifall bei der SPD und bei *Horst Becker GAL*)

Dieses ist wichtig, um zum Beispiel auch den sogenannten 1-Euro-Jobbern die Möglichkeit zu geben, an ihren Arbeitsplatz zu kommen. Ich hoffe sehr, dass die neu zusammengesetzte Bürgerschaft mehr soziales Engagement zeigt und die vielen vollmundigen Aussagen und Forderungen während des Wahlkampfes auch noch nach dem Wahlkampf Gültigkeit haben und Sie unserem Antrag heute zustimmen. – Danke schön.

(Beifall bei der SPD, bei *Farid Müller GAL* und bei *Dora Heyenn DIE LINKE*)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr von Frankenberg.

Egbert von Frankenberg CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, dem Antrag der GAL auf Überweisung an den Verfassungsausschuss schließen wir uns an.

Ansonsten darf ich Sie noch ein bisschen um Geduld bitten – der Spannungsbogen ist sicherlich schon stark angespannt –, aber morgen werden Sie die Einzelheiten erfahren. Sie können sicher sein, dass auch unser Koalitionspartner dieses Thema angesprochen und nicht vergessen hat. Das war von Ihnen vielleicht als Merkposten gemeint, aber ich kann Ihnen versichern, dass auch das Gesprächsgegenstand war.

(*Michael Neumann SPD:* Nur, dass Sie selbst nicht darauf gekommen sind, das ist schlimm!)

(Egbert von Frankenberg)

– Wir haben das Thema in der letzten Legislaturperiode bereits ausführlich diskutiert und es gab gute Gründe für unsere Argumentation.

(Michael Neumann SPD: Welche Argumente haben Sie denn?)

Ich will das jetzt nicht aufwärmen, das macht wenig Sinn. Die Legislaturperiode ist einen Monat alt, sie hat noch 47 Monate vor sich, da werden wir noch genug Zeit haben, die Punkte zu diskutieren. Ich weiß nur eines, dass hier ein interessanter Wettbewerb beginnt, wenn man sich die Forderungen anguckt. Die SPD fordert 20 Euro Sozialticket, DIE LINKE fordert 15 Euro,

(Michael Neumann SPD: 15 Euro machen wir mit, daran soll es nicht scheitern!)

die SPD sagt Großbereich, DIE LINKE sagt Großbereich oder vier Zonen. Das wird ein sehr interessanter Wettbewerb zwischen Ihnen beiden. Ich bin mir ganz sicher, wenn die SPD sagen würde 15 Euro, wie DIE LINKE das fordert, dann sagt DIE LINKE 9,80 Euro für den Gesamtbereich. Das wird mit Ihnen beiden sicherlich interessant.

(Ingo Egloff SPD: Sagen Sie doch mal, was Sie wollen!)

Das ist nachher Haushaltspolitik mit dem Radiergummi, die Sie da wünschen. Das wäre mit Sicherheit nicht gut für Hamburg.

(Beifall bei der CDU – Michael Neumann SPD: Große Rede!)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Gregersen.

Martina Gregersen GAL:* Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Was ist eigentlich ein Sozialticket? Ein Sozialticket ist eine günstige Monatsfahrkarte für Menschen, die von Grundsicherungen im Alter von Arbeitslosen- und Sozialhilfe leben und wer davon lebt, hat nicht besonders viel Geld. Es stehen 347 Euro im Monat zur Verfügung für Essen, Telefon, Strom, Mobilität, Kleidung, für Teilhabe am kulturellen Leben und für Rücklagen, falls man irgendwann einmal Anschaffungen machen muss, wenn eine Waschmaschine oder ein Kühlschrank zu erneuern ist. Das ist sehr wenig Geld und deshalb kann man für Mobilität auch nicht sehr viel ausgeben.

Von diesen 347 Euro sind 18 Euro im sogenannten Regelsatz enthalten, die für Mobilität zur Verfügung stehen. Was kann man mit 18 Euro beim HVV machen? Man kann sich vielleicht gerade mal knapp vier Tageskarten kaufen. Wenn man sie vor 9 Uhr kauft, dann klappt auch das nicht ganz. Das reicht nicht aus, um sich vorzustellen, um teilhaben zu können und auch das zu haben, was wir gerne wollen, sich zu engagieren in der vielen freien Zeit,

die man vielleicht unfreiwillig hat oder um Vorstellungsgespräche wahrnehmen zu können.

Was ist die Lösung? Die Lösung ist das Sozialticket. Es ist im Dezember 2003 abgeschafft worden und wir möchten es gerne wieder einführen. Viele Jahre lang haben wir es immer wieder in Anträgen gefordert und in den Doppelhaushalt eingebracht.

(Karin Timmermann SPD: Nicht nur Sie!)

– Nein, nicht nur wir, das ist richtig, Frau Timmermann, Sie auch. Aber wir sind nicht erhört worden. Wir haben es jetzt wieder in unserem Wahlprogramm stehen und möchten es auch durchziehen. Von daher bin ich ziemlich sicher – falls es Schwarz-Grün geben wird –, dass es auch ein Sozialticket geben wird.

Da die gewisse Haushaltsrelevanz eben schon angesprochen wurde, wird dieser Antrag natürlich in den Ausschuss überwiesen. Da wir ihn jetzt leider nicht in den Sozial- oder Verkehrsausschuss überweisen können, ist der einzig im Moment praktikable Ausschuss der Verfassungsausschuss und dorthin würde ich es gerne überweisen.

Trotzdem möchte ich noch ein paar Worte sagen. Ich habe heute in der Zeitung gelesen, dass Frau Schnieber-Jastram nicht mehr als Sozialsenatorin zur Verfügung steht. Ich möchte Ihr für die Zukunft alles Gute wünschen, mich für die Zusammenarbeit bedanken, die nicht in jedem Fall immer sehr einfach war und – jeder weiß es – dass wir nicht immer einer Meinung waren. Heute habe ich in dem Interview im "Hamburger Abendblatt" gelesen, dass Sie, Frau Schnieber-Jastram, wieder ein selbstbestimmtes Leben führen wollen und dass Sie sich gegen die Wiedereinführung des Sozialtickets aussprechen. Das ist schade. Aber so ist es, denn ich möchte, dass die Menschen, die vielleicht ungewollt arbeitslos sind oder von der Grundsicherung im Alter leben müssen, weil sie eine sehr kleine Rente haben, auch selbstbestimmt leben können. Genau das möchte ich für diese Menschen auch.

(Beifall bei der GAL, der SPD und der LINKEN)

Sie sprechen die Verkäuferin bei Karstadt an, die wissen muss, warum sie zur Arbeit geht und dieses Ticket nicht günstig bekommt. Aber wenn wir den Menschen 18 Euro für Mobilität anbieten, dann muss es auch möglich sein, eine Fahrkarte für 18 Euro oder – wie in unserem Wahlprogramm – unter 20 Euro anzubieten. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Joithe-von Krosigk.

Wolfgang Joithe-von Krosigk DIE LINKE: Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Das erfreut einen, das kann man fast loben, dass die SPD Teile des Sofortprogramms der LINKEN übernimmt, was die Wiedereinführung des Sozialtickets betrifft.

(Zurufe von der SPD: Oh, oh!)

Das ist ein netter Scherz.

(Uwe Grund SPD: Scherz, lass nach!)

Kein Scherz ist, dass man dann schon mit den richtigen Zahlen rechnen muss, wenn man anderen immer vorwirft, sie könnten nicht rechnen. Da sind immer die merkwürdigsten Zahlen im Umlauf. Die einen sagen 20 Euro, die anderen sagen 18 Euro, die LINKE sagt 15 Euro und die, wie ich finde – das muss er vertragen, ich habe ihn schon auf einer Podiumsdiskussion erlebt –, ziemlich danebengehende Äußerung des Herrn von Frankenberg, dass da ein Wettbewerb stattfinden würde, finde ich sehr zynisch, Herr von Frankenberg. Es geht hier um Menschen, die am öffentlichen Leben nicht teilhaben können. Dass Sie sich darüber lustig machen, dass andere sich damit in irgendeiner Weise beschäftigen, finde ich sehr merkwürdig.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich will weiter ausführen, dass es sich tatsächlich um genau 15,79 Euro handelt, die einem erwerbsfähigen Hilfsbedürftigen, wie das wohl in dem Jargon genannt wird, der das Arbeitslosengeld II bezieht, für den öffentlichen Verkehr zur Verfügung stehen. Es sind dann allerdings noch – da wollen wir einmal ins Detail gehen – 67 Cent dabei, die für den Kauf von Fahrrädern zur Verfügung stehen. Wer ein bisschen realistisch rechnen will, wie lange es dauert, bis man sich selbst ein gebrauchtes Rad mit 67 Cent pro Monat ersparen kann, der mag daran Spaß haben, sowie 1,02 Euro für das Zubehör und Einzel- und Ersatzteile für Fahrräder. Summa summarum kommen wir auf einen Satz von 14,10 Euro. Da sind dann 15 Euro – das sind ja sogar noch 90 Cent mehr – eine mehr als richtige Forderung. Man muss doch von einem ausgehen: Es geht nicht darum zu sagen, das sind ja lediglich 5 Euro, die wir dann mehr zahlen müssten, denn von 5 Euro muss ein erwerbsfähiger Hilfebedürftiger seinen Nahrungsmittelbestand pro Tag bestreiten, und zwar von noch weniger, nämlich von 4,21 Euro. Darüber sollten Sie sich einmal Gedanken machen. Auch Sie, Herr von Frankenberg, könnten sich einmal Gedanken darüber machen, dass Ihnen zum Beispiel dadurch, dass Sie wie auch ich Bürgerschaftsabgeordneter sind, eine kostenlose ProfiCard zur Verfügung steht. Da macht man sich dann vielleicht nicht so große Sorgen, wie andere ihre Mobilität hinbekommen. Ich finde, das sollten wir gemeinsam auf die Beine stellen, insbesondere die GAL, die eine ähnliche Forderung hatte, und auch die SPD, damit wir für

die Menschen, die tatsächlich noch eine entsprechende Mobilität haben sollten, etwas tun können.

(Beifall bei der LINKEN)

Zum Schluss möchte ich nicht versäumen, noch einmal darauf hinzuweisen, wohin Realitätsverlust oder der Verlust der Bodenhaftung führen können. Wir sagen auf der einen Seite, wir wollen etwas für die Menschen tun – wir von der LINKEN halten das auch für einen Akt der sozialen Gerechtigkeit –, aber dann gibt es Leute, die die sogenannte freiherrliche Gerechtigkeitsvorstellung vertreten. Die lauten dann so: Das Sozialticket 2003 wurde abgeschafft, weil es zu einer ungerechtfertigten Besserstellung von Sozialhilfeempfängern gegenüber Haushalten mit niedrigem Einkommen führte. Zynischer geht es eigentlich nimmer.

(Beifall bei der LINKEN – Harald Krüger CDU: Genauso ist es!)

Ich fordere Sie auf und hoffe, dass wir das gemeinsam auf die Reihe bekommen, dieses Sozialticket zum Preis von 15 Euro von der Stadt zur Verfügung zu stellen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Kienscherf.

(Dr. Manfred Jäger CDU: Unser Sozialdemokrat!)

Dirk Kienscherf SPD:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr von Frankenberg, das war mal wieder ganz schwach, was Sie zu dem Thema Soziales gesagt haben. Wir hätten uns gewünscht – und sicherlich auch die Bürgerinnen und Bürger –, dass Sie doch etwas mehr dazu sagen, wie Sie sich künftig inhaltlich positionieren werden. Das haben Sie wieder einmal unterlassen und das ist bezeichnend für Ihre Politik, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Inhaltlich hat Frau Timmermann schon das eine oder andere gesagt.

(Zuruf von Ekkehart Wersich CDU)

– Herr Wersich, halten Sie doch einfach mal Ihren Mund, wenn ich rede.

(Kai Voet van Vormizeele CDU: Gewöhnen Sie sich mal einen anderen Tonfall an!)

Frau Gregersen hat seitens der GAL-Fraktion etwas dazu gesagt und ist auch darauf eingegangen, dass wir heute das Vergnügen haben, dass die Sozialsenatorin heute zum letzten Mal auf der Senatsbank weilt. Aber da kann ich Ihnen nicht zustimmen, Frau Gregersen, dass Sie der Sozialsenatorin für die gute Zusammenarbeit gedankt haben. Die gute Zusammenarbeit habe ich in diesem

(Dirk Kienscherf)

Hause mit dieser Senatorin nicht erlebt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Die haben die vielen hilfeschuchenden Menschen in den letzten Jahren auch nicht erlebt. Es ist doch interessant, wenn wir heute über das Sozialticket und über die Wiedereinführung diskutieren, wofür anscheinend auch eine Mehrheit dieses Hauses ist,

(Wolfgang Beuß CDU: Anscheinend!)

dass wir uns dann einmal ansehen, wie es 2003 zur Abschaffung gekommen ist und wie sich die Sozialsenatorin damals dazu verhalten hat. Wenn Sie, Herr Schira, sich vielleicht noch daran erinnern und die Senatorin erinnert sich sicherlich auch noch daran: 5. Mai 2003: Große Pressemitteilung der Sozialbehörde: Hurra, Hamburg spart zukünftig 3 Millionen Euro pro Jahr. Das war Ihre Aussage als Sozialsenatorin. Da ging es nicht darum, wie arme Menschen in dieser Stadt mobilitätsmäßig besser zurechtkommen, wie schaffen wir es, Menschen besser zu unterstützen, sondern da ging es darum: Wir sparen Geld und ich als Sozialsenatorin finde das ganz toll. Das ging gegen die Menschen, gegen die Armen in dieser Stadt und das ist bezeichnend.

(Beifall bei der SPD, bei *Christiane Schneider* und *Norbert Hackbusch*, beide *DIE LINKE*)

Das ist nur ein Beispiel Ihrer Politik gewesen. Wenn Sie dann weiter fortfahren in Ihrer Pressemitteilung und sagen, Sie als Sozialsenatorin hätten eine Verantwortung gegenüber der Stadt, gegenüber den Steuerzahlern, wie mit Steuergeldern umgegangen wird, dann frage ich Sie: Wo waren Sie denn bei der Elbphilharmonie, wo waren Sie denn bei der U 4, wo waren Sie denn beim Jungfernstieg, Frau Senatorin? Da haben Sie Ihren Mund gehalten und das haben sich die Bürgerinnen und Bürger gemerkt.

(Beifall bei der SPD)

Zum Thema Kohlekraftwerk und den Milliarden, die da wahrscheinlich noch an zusätzlichen Belastungen auf uns zukommen können, wissen wir alle auch, dass es da sicherlich nicht um 3 Millionen Euro pro Jahr geht.

Die Abschaffung des Sozialtickets hat letztendlich dazu geführt, dass wir 30 000 Menschen die Mobilität geraubt haben, dass wir 30 000 Menschen die Teilhabe geraubt haben und durch die Abschaffung der Schülerfahrkarten in diesem Zusammenhang haben wir letztendlich zu mehr Ausgrenzung in dieser Stadt beigetragen. Die dafür Verantwortliche sitzt heute zum letzten Mal auf dieser Bank und das ist gut so für die Stadt.

(Beifall bei der SPD und bei *Dora Heyenn* *DIE LINKE*)

Ich weiß, Sie wollen das nicht hören. Aber Sie haben diese Senatorin schließlich gewählt und es ist gut, dass sie nun endlich von dieser Senatsbank verschwindet. Aber wir werden zukünftig darauf achten, wie die soziale Frage in dieser Stadt gelöst und mit welchem Maßstab hantiert wird.

Frau Senatorin, es geht doch nicht darum, dass wir darüber diskutieren, ob der Hartz IV-Empfänger, etwas besser gestellt ist gegenüber der Verkäuferin. Sondern das Ziel muss doch sein, dass wir all diesen Menschen, die in diesen einkommensschwächeren Lohngruppen sind, und denjenigen, die Hartz IV beziehen, und denjenigen, die in SGB XII sind, wieder eine Chance geben, dass sie sich nicht gegeneinander ausspielen, sondern dass wir bei den Menschen in dieser Stadt, die viel Geld verdienen, dafür sorgen, dass sie ihren Beitrag leisten und dass wir die Steuergelder entsprechend vernünftig zum Wohle aller in dieser Stadt einsetzen.

(Wolfgang Beuß CDU: Das ist Klassenkampf!)

Darum wird es zukünftig gehen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei *Dora Heyenn* *DIE LINKE*)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Bischoff.

Dr. Joachim Bischoff *DIE LINKE*:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Zur Amtsführung von Frau Schnieber-Jastram kann und möchte ich nichts sagen.

(Olaf Ohlsen CDU: Gut, prima! Aufhören!)

Aber wir diskutieren über den Antrag der Wiedereinführung eines Sozialtickets. Es ist gesagt worden – und das möchte ich noch einmal unterstreichen –, dass das nicht ein paar Tausend Menschen sind, die von diesem Ticket betroffen sind und in den letzten Jahren in ihrer Mobilität eingeschränkt waren, sondern es waren über 200 000 Menschen. Ich sage das jetzt, weil wir auch aus unserer eigenen Erfahrung aus unserer Partei viel damit zu tun haben.

(Harald Krüger CDU: Was hat denn die SED mit dem Sozialticket zu tun?)

Das Gefühl der Ghettoisierung ist für die Betroffenen wirklich eine Einschränkung, wenn sie aus ihrem Wohnbereich nicht herauskommen. Das mögen Sie nicht teilen, aber das ist das, was hier zur Diskussion steht. Es geht uns darum, dieses Grundrecht der Mobilität in einer Stadt wieder herzustellen. Deswegen unterstützen wir den Antrag der SPD.

(Dr. Joachim Bischoff)

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Frau Gregersen, ich hoffe wirklich, dass – Sie haben uns das schön vorgestellt – wir morgen stauen und ein vernünftiges Ergebnis haben werden. Das wollen wir uns dann einmal ansehen.

Ich möchte noch eine weitere Sache aufgreifen, weil Sie es aufgeworfen haben. Frau Schnieber-Jastram hat heute laut dem "Hamburger Abendblatt" zur Begründung – ich nehme an, dass das die Kolleginnen und Kollegen von der CDU inhaltlich teilen – gesagt:

"Die Verkäuferin von Karstadt ..."

– Sie haben das schon zitiert.

"... darf nicht das Gefühl haben, dass es sich nicht mehr lohnt, morgen früh wieder zur Arbeit zu gehen."

(Harald Krüger CDU: Da hat sie doch recht!)

Jetzt sage ich Ihnen etwas. Wahrscheinlich wissen Sie das nicht, aber wir haben eine Kollegin, die zwar nicht bei Karstadt, sondern bei Toom arbeitet. Wissen sie, was die Verkäuferin – sie ist heute entschuldigt – für Probleme hat? Sie ist seit über einem Jahr tariflos. Sie muss kämpfen, weil sie in den Abendstunden ihre Zuschläge nicht mehr bekommt. Das heißt: Damit ist auch für solch eine Verkäuferin das Problem des Mindestlohns, des Mindesteinkommens aufgeworfen.

(Beifall bei der LINKEN)

Deshalb kann man zu dem, was Sie von der CDU in diesem Haus vorführen, nur sagen, dass Sie wirklich die Bodenhaftung verloren haben. Nicht die Verkäuferin bei Karstadt und auch nicht die Verkäuferin bei Toom wird Probleme haben, was den Leistungskompromiss in dieser Gesellschaft angeht,

(Kai Voet van Vormizeele CDU: Sagt die Arbeiterbewegung!)

sondern die werden sehr wohl Verständnis aufbringen dafür, dass Menschen, die dauerhaft ausgegrenzt sind, in dieser Stadt wenigstens ein Minimum an Lebensqualität zurückerhalten.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen mehr. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer einer Überweisung der Drucksachen 19/24 und 19/115 an den Verfassungsausschuss zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das Überweisungsbegehren ist angenommen.

Wir kommen zum Punkt 26 der Tagesordnung, dem Antrag der Fraktion DIE LINKE: Faschismus

ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen – Initiative für ein erneutes NPD-Verbotsverfahren!

**[Antrag der Fraktion DIE LINKE:
Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen – Initiative für ein erneutes NPD-Verbotsverfahren!
– Drs 19/91 (Neufassung) –]**

Hierzu liegt Ihnen als Drucksache 19/150 ein Antrag der SPD-Fraktion vor.

**[Antrag der Fraktion der SPD:
NPD-Verbot weiter vorantreiben
– Drs 19/150 –]**

Beide Drucksachen möchte die GAL-Fraktion an den Verfassungsausschuss überweisen. Wer wünscht das Wort? – Frau Schneider, bitte.

(Wolfgang Beuß CDU: Jetzt aber ganz vorsichtig!)

Christiane Schneider DIE LINKE: Meine Damen und Herren, Frau Präsidentin! Wir wollen mit unserem Antrag "Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen" Folgendes erreichen.

Erstens dass die Innenbehörde – leider ist Herr Nagel nicht da, wie ich sehe – endlich die Konsequenzen

(Zurufe von der CDU)

aus dem Fiasco des gescheiterten ersten NPD-Verbotsverfahrens zieht. Wenn ich erinnern darf: Das Verfahren war 2003 gescheitert, weil das Beweismaterial, das die Bundesregierung vorlegte, unheilbar infiziert war. Es war damals aufgekommen, dass rund 30 von 200 NPD-Führungskadern vom Verfassungsschutz gelenkt und bezahlt wurden. Das Bundesverfassungsgericht hatte festgestellt, dass Willensbildung und Tätigkeiten der NPD staatlicherseits beeinflusst waren. Es sah sich nicht in der Lage, zu unterscheiden, welche verfassungsfeindlichen Äußerungen und Tätigkeiten – vielleicht interessiert Sie das auch, meine Damen und Herren von der CDU – wem zuzurechnen waren, dem Antragsteller oder dem Antragsgegner. Daran scheiterte 2003 das Verbotsverfahren.

Was hat sich heute geändert? – Geändert hat sich, dass die NPD erstarkt ist. Sie sitzt in zwei Landtagen und hat bei Kommunalwahlen – auch im Westen übrigens – zum Teil hohe Ergebnisse erzielt. Auch wenn ihre Wahlergebnisse zuletzt eher mäßig ausfielen, gibt es keinen Grund zur Entwarnung. Zunehmend gelingt es der extremen Rechten vor allem in ländlichen und strukturschwachen Regionen, sich im Alltag zu verankern. Die Zahl rechtsextremistischer Straf- und Gewalttaten ist anhaltend hoch. Es gibt zahlreiche Regionen, in denen Menschen, die nicht in das Weltbild der

(Christiane Schneider)

Neonazis passen, Angst um ihre körperliche Unversehrtheit – ja um ihr Leben – haben müssen:

(Olaf Ohlsen CDU: Nenne doch einmal ein paar Orte!)

Migrantinnen und Migranten, Menschen anderen Aussehens, Homosexuelle, Obdachlose, politische Gegner. Nicht geändert hat sich also die Gefahr, die von der NPD ausgeht. Rassismus, Antisemitismus, Volksgemeinschaftsideologie, Verherrlichung des Faschismus verbunden mit dem aggressiven Kampf um die Straße – das kennzeichnet die Neonazis, deren harter Kern und organisatorischer Rückhalt die NPD ist.

Nicht geändert hat sich aber auch die Praxis, die 2003 zum Scheitern des NPD-Verbotsverfahrens führte. Nach wie vor bezahlt der Verfassungsschutz Neonazis, originäre Neonazis,

"Fleisch vom Fleisch der NPD",

wie das die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" damals formulierte. Er bezahlt sie dafür, dass sie Material liefern, das sie unter anderem selbst produziert haben.

(Olaf Ohlsen CDU: Das ist ja unglaublich!)

Innensenator Nagel setzt diesem Skandal die Krone auf, wenn er die V-Leute-Praxis als Frühwarnsystem verharmlost. Wovor wird denn gewarnt und mit welchen Konsequenzen? Schlimmer noch, dass Herr Nagel SPD-Forderungen nach einem Verbotsverfahren mit folgenden Worten kritisiert – ich zitiere seine Äußerungen im "Hamburger Abendblatt" vom 7. April, Zitat:

"Um von ihren eigenen Problemen abzulenken, nimmt die SPD bewusst in Kauf, dass die Arbeit des Verfassungsschutzes im Kampf gegen den Rechtsextremismus geschwächt wird."

– Zitat Ende.

Was soll denn das für ein Kampf gegen den Rechtsextremismus sein, wenn mit staatlichen Geldern Neonazi-Propaganda gefördert wird und wenn Neonazis als V-Leute gesteuert und zu ihrem Treiben angehalten werden?

An dieser Stelle ein Wort zum Antrag der SPD. Ich kann der Bedrohungsanalyse vorbehaltlos zustimmen. Die ist wirklich ausgezeichnet. Aber, meine Damen und Herren von der SPD, Sie sind als Tiger gesprungen, um als Bettvorleger von Herrn Nagel zu landen. Wenn fünf Jahre lang offensichtlich nichts unternommen wurde, die Gründe für den Einstellungsbeschluss von 2003 zu beseitigen, muss schon genau erklärt werden, was denn in der nächsten Zeit passieren soll. Sonst verschiebt man das Ganze auf den Sankt-Nimmerleins-Tag. Ich befürchte, das ist die Quintessenz des SPD-Antrags.

Wir wollen mit unserem Antrag darauf hinwirken, dass die V-Leute abgeschaltet werden und die V-Leute-Praxis beendet wird. Sie ist für sich genommen skandalös genug.

(Beifall bei der LINKEN)

Damit komme ich zum zweiten Punkt. Diese Praxis wird nämlich zum Vorwand für Untätigkeit genommen. Wie auch andere CDU-Innenminister weigert sich Innensenator Nagel, die so gewonnenen Erkenntnisse des Verfassungsschutzes über die NPD für ein neues Verbotsverfahren zur Verfügung zu stellen. Herr Nagel argumentiert, dass das Zeugs infiziert sei und nicht verwendet werden könne. Tatsächlich ist es so: Um die Bedrohung festzustellen, die von der NPD ausgeht, bedarf es keiner verdeckten Operationen. Die NPD macht aus ihren antidemokratischen, verfassungsfeindlichen Zielen und ihrer Aggressivität keinen Hehl. Beides liegt offen zutage und erschließt sich jedem, der es wissen will. Ich zitiere zustimmend Frau Knobloch, die Präsidentin des Zentralrats der Juden, die in einem Interview mit dem Deutschlandfunk am 13. April sagte:

"[Man] braucht keine V-Leute, um zu beweisen, welche Richtung diese Partei einnimmt und wie antidemokratisch und gefährlich diese Partei ist."

– Zitat Ende.

Ich zitiere ebenfalls zustimmend den CDU-Innenminister von Mecklenburg-Vorpommern, Herrn Caffier. Ich zitiere beispielhaft "WELT ONLINE" vom 11. April. Er sagte – Zitat:

"Wir haben aus öffentlich zugänglichen Quellen gesammelt, was führende NPD-Leute wie Udo Pastörs geäußert haben. Danach ist klar: Die NPD verfolgt Ziele, die ein Verbot rechtfertigen ... Sie will unseren freiheitlichen demokratischen Rechtsstaat zerstören, sie will eine andere Gesellschaftsform. Dabei geht sie aggressiv und kämpferisch vor. Daraus erwächst für mich die Verpflichtung, etwas dagegen zu tun."

– Zitat Ende. – Ihr Parteikollege.

Öffentliche Äußerungen und Taten des Hamburger NPD-Vorsitzenden Jürgen Rieger sind nicht weniger aufschlussreich als die von Herrn Pastörs. Im Gegenteil: Dieser Rieger ist einer der bekanntesten und gefährlichsten Neonazis überhaupt. Er ist mehrfach wegen Volksverhetzung und Körperverletzung verurteilt. Auch derzeit läuft gegen ihn ein Verfahren wegen Volksverhetzung, weil er bei der Verteidigung des notorischen Holocaustleugners Zündel vor dem Landgericht in Mannheim selbst wiederholt den Völkermord an der jüdischen Bevölkerung Europas gelehrt hat.

Wir fordern deshalb zum einen, dass Hamburg die Erkenntnisse des Verfassungsschutzes für ein

(Christiane Schneider)

neues NPD-Verbotsverfahren zur Verfügung stellt. Und vor allem und unabhängig davon möchten wir mit unserem Antrag erreichen, dass Innensenator Nagel seinen CDU-Kollegen aus Mecklenburg-Vorpommern unterstützt und Hamburg sich im Bundesrat für ein neues NPD-Verbotsverfahren einsetzt. Zudem stellt sich die Frage, wie lange die Innenbehörde dem Treiben der gewalttätigen freien Kameradschaften untätig zusehen will. Da erinnere ich an Herrn Wrocklage, der 2003 die freie Kameradschaft Hamburger Sturm 18 verboten hat. Die Figuren, die damals tätig waren, sind heute wieder in den Kameradschaften tätig. Dabei ist uns natürlich klar, dass Verbote das Problem des Neofaschismus und Rechtsextremismus nicht lösen. Gefordert ist die offensive Auseinandersetzung mit den Ursachen des Rechtsextremismus und mit dem braunen Gedankengut. Gefordert sind Strategien der Bekämpfung, die auf die Stärkung der Zivilgesellschaft und auf zivilgesellschaftliche Aktivitäten setzen. Hier hat die Politik in Hamburg erheblichen Nachholbedarf. Wir wollen zuallererst das bürgerschaftliche Engagement gegen Rechts stärken.

(Beifall bei der LINKEN)

In einem solchen Zusammenhang ist ein neues Verbotsverfahren ein wichtiges Signal. Faschismus ist keine Meinung, die unter dem Schutz der Meinungsfreiheit steht, keine Meinung, die man haben kann. Faschismus ist ein Verbrechen und muss geächtet werden. Auch Nichthandeln sendet ein Signal. Ich zitiere den Generalsekretär des Zentralrats der Juden, Stefan Kramer, nach einer ddp-Meldung vom 12. April. Er sagt:

"Wer an dieser Stelle zögert und mangelnde Erfolgsaussichten als Begründung anführt, der sendet nicht nur falsche Signale in die Gesellschaft, sondern setzt auch das Vertrauen in unsere Demokratie leichtfertig aufs Spiel."

Damit komme ich zum dritten und letzten Punkt. Es ist außerordentlich erfreulich, dass sich gegen die geplanten Neonazi-Demonstrationen am 1. Mai in Barmbek vielfältige Initiativen in der ganzen Stadt von unterschiedlichsten gesellschaftlichen Organisationen und Gruppierungen entwickeln – von Gewerkschaften, Jugendorganisationen, Kirchen und anderen Religionsgemeinschaften, von Parteien, Anwohnerinnen und Anwohnern, Künstlerinnen und Künstlern und zahlreichen antifaschistischen Individuen und Gruppen, nicht zuletzt dem Hamburger Bündnis gegen Rechts. Diese Initiativen machen den Neonazis den öffentlichen Raum zur Verbreitung ihrer verbrecherischen Ziele streitig. Wir wollen ein ermutigendes Signal an diese Initiativen, ein Signal auch aus der Bürgerschaft, dass Neonazi-Aufmärsche und Neonazi-Propaganda in dieser Stadt unerwünscht sind.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Nebahat Güclü GAL*)

Und dass man sie nicht gleichgültig zur Kenntnis nimmt und zur Tagesordnung übergeht, während andere bedroht werden. Denn diese Demonstration am 1. Mai ist eine Bedrohung und eine ungeheure Provokation. Die NPD und die freien Kameradschaften knüpfen offen an die Tradition der Nazis an, die am 2. Mai 1933 die Gewerkschaftshäuser stürmten und die Zerschlagung der Gewerkschaftsbewegung in Gang setzten.

Auch die Auswahl der Redner – unter ihnen der schon genannte Rieger – macht deutlich, in welcher provokativer, feindseliger und aggressiver Absicht die Neonazis diese Demonstration durchführen wollen. Wir fordern die Innenbehörde deshalb auf, alle rechtsstaatlichen Mittel für ein Verbot dieser Demonstration auszuschöpfen. – Danke.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Nebahat Güclü GAL*)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Dr. Jäger.

Dr. Manfred Jäger CDU: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Beginnen möchte ich meine Rede, indem ich an ein Ereignis erinnere, das ziemlich genau vor 75 Jahren stattfand und das inhaltlich gut zu dem heute zu debattierenden Thema eines NPD-Verbots passt. Am 23. März 1933 hielt Otto Wels seine berühmte Rede gegen das Ermächtigungsgesetz der Nationalsozialisten. In der Sitzung des Reichstags stimmten dann allein die 94 anwesenden sozialdemokratischen Abgeordneten gegen das Ermächtigungsgesetz – sicherlich eine der Sternstunden demokratischen Verhaltens in Deutschland.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Das mutige Verhalten der damaligen Abgeordneten sollte für uns Mahnung für unser eigenes Verhalten sein. Die Bekämpfung des politischen Extremismus – egal ob von rechts oder links – muss für Demokraten immer höchste Priorität haben. Politischer Extremismus ist eine Kampfansage an unsere verfassungsmäßige Ordnung und damit eine zentrale Herausforderung für die wehrhafte Demokratie. Das gilt selbstverständlich auch für die Bekämpfung der NPD. Denn die politischen Ziele dieser Partei sind mit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung nicht vereinbar. Sie ist antisemitisch, rassistisch und fremdenfeindlich. Sie stellt den Parlamentarismus infrage und propagiert zur Durchsetzung ihrer abstrusen Politikziele Gewalt. Zudem bietet sie Gewalttätern eine Heimat. Deshalb sind wir uns doch auch alle darüber einig, dass es das Beste wäre, wenn diese Partei so schnell wie möglich wieder aus der Parteienlandschaft verschwinden würde.

(Dr. Manfred Jäger)

(Beifall bei der CDU, der SPD, der GAL und vereinzelt bei der LINKEN)

Aber, ist ein erneutes Verbotsverfahren wirklich der richtige Weg, um zu dem von uns gemeinsam gewünschten Ziel zu kommen? Angesichts des Scheiterns im ersten Verfahren müssen wir ein erneutes Scheitern vor dem Verfassungsgericht unbedingt vermeiden. Denn das wäre für die NPD ein großer Propagandaerfolg. Dazu darf es auf gar keinen Fall kommen.

(Norbert Hackbusch *DIE LINKE*: Gehen Sie doch mal auf die Argumente ein!)

– Ich habe Ihnen auch zugehört, obwohl es mir schwergefallen ist. Dann hören Sie mir gefälligst auch zu.

(Beifall bei der CDU – Norbert Hackbusch *DIE LINKE*: Gehen Sie doch einmal auf die Argumente ein!)

– Herr Hackbusch, ich lasse mir doch von Ihnen nicht vorschreiben, was ich hier auf dem Podium der Bürgerschaft zu sagen habe. Das müssen Sie sich schon anhören.

(Beifall bei der CDU)

Ein erneutes Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht müsste sehr sorgfältig vorbereitet werden. Die demokratischen Organe der Bundesrepublik müssten sich eines Erfolges zumindest sehr sicher sein. Hier liegt meines Erachtens der Grund für das Dilemma, in dem wir uns befinden. Das Verfassungsgericht verlangt, unmittelbar vor und während des Verfahrens keine V-Leute in der Führungsebene der NPD zu nutzen. Das scheint mir allerdings im Widerspruch zu dem verfassungsrechtlichen Auftrag des Staates zur Beobachtung verfassungsfeindlicher Bestrebungen zu stehen. Aus meiner Sicht brauchen wir die V-Leute, um auch in Zukunft die NPD wirksam beobachten zu können.

Zum Abschluss möchte ich noch einmal auf Otto Wels und seine sozialdemokratischen Kollegen zurückkommen. Ihr Beispiel sollte für uns auch Verpflichtung sein, das wichtige Thema des Verbots der NPD aus dem parteipolitischen Streit herauszuhalten. Deshalb sollten wir die Anträge an den Ausschuss überwiesen und dort um den besten Weg zur Erreichung des gemeinsamen Ziels ringen.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Schiedek.

Jana Schiedek SPD: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Für die SPD kann

ich ganz klar feststellen: Wir wollen ein erneutes NPD-Verbotsverfahren.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der LINKEN)

Was jedoch noch viel wichtiger ist: Wir wollen endlich ein NPD-Verbot.

(Beifall bei der SPD)

Das ist der springende Punkt. Ein erneutes Verbotsverfahren ist kein Selbstzweck. Mittelpunkt und Ziel aller Bemühungen muss der Erfolg eines solchen Verfahrens sein. Das ist die Quintessenz unseres Antrags, Frau Schneider. Denn nichts würde der NPD mehr nützen als ein erneutes Scheitern in Karlsruhe.

Zu dem rechtsextremistischen und verfassungsfeindlichen Wesen der NPD brauche ich, glaube ich, nichts mehr zu sagen. Das haben meine Vorredner mehr als deutlich getan. Das Bundesverfassungsgericht hat sicherlich 2003 hohe Hürden für ein erneutes Verbotsverfahren angelegt. Diese Hürden zwingen die Antragsteller bei einem zweiten Verbotsverfahren zweifellos zu einem noch sorgfältigeren und strategischeren Vorgehen, um alle Verfahrensrisiken zu minimieren. Sie machen ein NPD-Verbot aber auch nicht unmöglich. Vor dem Hintergrund dieser hohen Anforderungen an ein erneutes Verbotsverfahren können wir doch nicht so tun, als müsste der Verfassungsschutz nur seine V-Leute abziehen und ein NPD-Verbot ist eine sichere Sache. Insofern macht es sich Ihr Antrag ein wenig zu einfach.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Aber wir dürfen auch nicht vor den Anforderungen resignieren und ein Verbot dieser Partei aus lauter Angst vor einem erneuten Scheitern bis in alle Ewigkeit aufschieben. Insofern erwarten wir auch von dem Senat einen ausdrücklichen und nachdrücklichen Einsatz für ein erneutes NPD-Verbotsverfahren.

(Beifall bei der SPD)

Was die Frage nach dem Abschalten der V-Leute betrifft:

(Präsident Berndt Röder übernimmt den Vorsitz.)

Selbst nach den Anforderungen des strengen Minderheitenvotums des Bundesverfassungsgerichts ist für ein Verbotsverfahren kein pauschales und vollständiges Abschalten sämtlicher V-Leute in der NPD notwendig, wie *DIE LINKE* dies in Ziffer 3 ihres Antrags fordert. Das Minderheitenvotum hat der Kollege Jäger schon zitiert. Es besagt, dass nur während des Verfahrens und unmittelbar davor keine V-Leute in den Führungsebenen der NPD genutzt werden sollen. Natürlich muss – und das ist zweifellos der schwierigere Part – sichergestellt werden, dass es sich bei dem Beweismaterial um

(Jana Schiedek)

sauberes Material handelt, das heißt, Material, das nicht von V-Leuten stammt oder von diesen direkt beeinflusst ist. Wenn dafür eine Reduzierung der V-Leute auf ein Mindestmaß notwendig sein sollte, muss gegebenenfalls so verfahren werden. Ob dafür aber ein vollständiger Verzicht auf V-Leute in der NPD notwendig ist, halte ich für zweifelhaft.

Aber insbesondere kann und will ich nicht beurteilen, ob ein Abschalten der V-Leute zum jetzigen Zeitpunkt bereits sinnvoll und notwendig ist. Denn – machen wir uns nichts vor – ein Verbotsverfahren würde Jahre dauern, Jahre in denen der Staat keinen Einblick in die NPD oder ihr Umfeld hätte und in denen Militante im NPD-Umfeld frei agieren könnten, ohne sich vor Beobachtung zu fürchten. Aus diesem Grunde halten wir eine solche vollständige und sofortige Abschaltung der V-Leute für schwer vereinbar mit dem Grundgedanken einer wehrhaften Demokratie gegen rechtsextreme Verfassungsfeinde.

(Beifall bei der SPD, der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Daher macht es sich der Antrag der LINKEN zu einfach, um Grundlage für ein erfolgreiches NPD-Verbot zu sein, was sicherlich unser aller Ziel ist. Ein erneuter Verbotsantrag sollte erst dann gestellt werden, wenn hinreichende Aussichten auf Erfolg in Karlsruhe bestehen. Genau dann muss er aber auch gestellt werden.

Was jedoch im Vorfeld eines erneuten Anlaufs das Wichtigste – aber scheinbar auch das Schwierigste – ist, ist ein gemeinsames Vorgehen des Bundes und der Länder und aller demokratischen Parteien. Hier muss es doch möglich sein, Einigkeit zwischen den demokratischen Parteien zu erzielen und endlich gemeinsam an einem Strang zu ziehen. Selbst wenn verwertbare Ergebnisse in Hamburg derzeit nicht ausreichen sollten, um bei einem erneuten Verbotsverfahren erfolgreich zu sein, so erwarten wir vom Senat, damit nicht seine Bemühungen einzustellen. Es geht doch nicht um Einzelbetrachtung und Einzelbewertung von 16 Wettbewerbern, sondern um eine Gesamtschau aller Materialien aus 16 Ländern und vom Bund und eine gemeinsame Strategie in der Folge. Gerade der Osten Deutschlands, insbesondere Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen, wo die NPD in den Parlamenten sitzt und ihre rechtsextremistischen und verfassungsfeindlichen Aktivitäten auch noch aus Steuergeldern finanziert bekommt, hat Anspruch auf besondere Solidarität und Unterstützung auch von Seiten Hamburgs.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Wenn der Innenminister Lorenz Caffier recht hat und ein erneutes NPD-Verbotsverfahren aus den öffentlich zugänglichen Quellen in Mecklenburg-Vorpommern erfolgreich geführt werden kann, hat

Hamburg Mecklenburg-Vorpommern dabei nach vollen Kräften zu unterstützen.

Also hoffe ich einmal, dass Herr Senator Nagel, der leider nicht mehr anwesend ist, weil er jetzt auf der Innenministerkonferenz ist, genau diese in den nächsten Tagen dafür nutzt, die Erkenntnisse und Materialien des Bundes und der Länder zusammenzusammeln und zu prüfen – und gemeinsam vor allen Dingen die Erfolgsaussichten zu prüfen. Denn erst auf Basis der gesamten Fakten und nicht nur auf Grundlage der Erkenntnisse und Bewertungen einzelner Länder muss entschieden werden, ob und wann ein NPD-Verbot erreichbar ist und wie man gemeinsam und solidarisch auch bezüglich der V-Mann-Problematik vorgeht. Stimmen Sie unserem Antrag, der genau ein solches Vorgehen vorsieht, als ersten Schritt zu.

(Beifall bei der SPD)

Was die Hamburger Bürgerinnen und Bürger ganz sicher und zu Recht insbesondere von Herrn Senator Nagel erwarten, ist, dass er ein NPD-Verbot mit dem gleichen Nachdruck, Elan und der gleichen Überzeugung nach innen und nach außen vertritt, wie er dies bei anderen Gelegenheiten getan hat. Ein solches Engagement hat er bei zahlreichen Bemühungen, insbesondere zum Beispiel bei dem Scientology-Verbot, unter Beweis gestellt und ich kann ihn – wenn auch in Abwesenheit – nur auffordern: Tun Sie es auch hierbei. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei *Farid Müller* GAL)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Dr. Steffen.

Dr. Till Steffen GAL: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Ich teile die Einschätzung, die von allen Rednerinnen und Rednern im Hinblick auf die Gefährlichkeit der NPD geäußert wurde, ausdrücklich. Wir haben in den letzten Jahren eine Entwicklung beobachten können, dass die NPD diese Scham, die sie vielfach geübt hat, ihre tatsächlichen Ziele zu verbergen, seit dem gescheiterten NPD-Verbotsverfahren abgelegt hat. Das macht sich insbesondere auch deutlich an der ganz offenen Integration von vorbestraften Straftätern, die einschlägig im Hinblick auf Volksverhetzung oder im Hinblick auf Gewalttaten gegen politisch anders Denkende verurteilt sind. Das ist eine Situation, die uns allen Sorgen machen muss und die mir auch erhebliche Sorge bereitet und wo wir auch sehen, dass die NPD tatsächlich ihre bisherige Zurückhaltung in dieser Form abgelegt hat, nachdem sie in diesem NPD-Verbotsverfahren gemerkt hat, dass sie diese Situation des Verbots nicht so stark fürchten muss, wie es sich bis zum Scheitern dieses NPD-Verbotsverfahrens dargestellt hat.

(Dr. Till Steffen)

Das ist auch gleich eines der Probleme, mit denen wir zu tun haben, die Frage nämlich, ob wir durch ein NPD-Verbotsverfahren und durch die Diskussion und die Art und Weise, wie wir über dieses NPD-Verbotsverfahren diskutieren, nicht das Gegenteil von dem erreichen, was wir eigentlich wollen. Erreichen wir durch diese Diskussion, die jetzt von einigen Parteien so hervorgehoben wird, ein Bekämpfen der NPD oder erreichen wir dadurch, dass die NPD sich bestärkt fühlt, wenn dieser Anlauf für ein NPD-Verbotsverfahren im Sande verläuft? Diese Frage sollten sich alle stellen, die sich in dieser Frage jetzt sehr stark öffentlich engagieren.

Das soll nicht heißen, dass man nicht mit aller Kraft daran arbeiten muss, ein solches NPD-Verbotsverfahren vorzubereiten, wenn man genügend Beweise für die Verfassungswidrigkeit dieser Partei zusammenhat. Aber ich bin der Überzeugung, dass es richtig ist, dass die Sicherheitsbehörden eher im Stillen diese Beweise zusammentragen und man nicht auf dem offenen Markt die Punkte zusammenzählt, die man meint, für ein solches NPD-Verbotsverfahren zu brauchen. Dazu gehört insbesondere auch die Debatte über die Frage, ob man jetzt V-Leute abzieht oder irgendwie beibehält oder sich darüber unterhält, welche V-Leute der hamburgische Verfassungsschutz in der NPD unterhält. Ich finde, das sollten wir nicht der NPD auf dem Silbertablett liefern.

(Beifall bei der GAL)

Wir haben eine intensive Debatte in unserer Partei, die sich insbesondere immer wieder mit der Frage auseinander setzt und auseinandergesetzt hat, ob es sinnvoll ist, eine derartige Partei zu verbieten, weil natürlich die Aktivität der Mitglieder damit nicht aufhören wird, sondern diese dort organisierten Mitglieder in andere Organisationen abwandern werden und man dann eine geringere Kontrolle über diese rechtsextremen Aktivitäten hätte. Ich persönlich teile dieses Argument nicht. Ich glaube, dass es richtig wäre, eine Organisation, die eine Gefährlichkeit wie die NPD hat, auch dann zu verbieten, wenn man die Handhabe hat. Aber hier gilt es, nicht wieder in einen gescheiterten Versuch eines Verbotsverfahrens hineinzulaufen, sei es, dass man schon in der Vorbereitung scheitert, sei es, dass man in Karlsruhe scheitert, sondern hier gilt, dass alle zusammenwirken müssen und das auch in der Art und Weise wie das hier geboten ist, nämlich nicht öffentlich.

Ich glaube auch – Frau Schiedek hat das zu Recht angesprochen –, dass hier insoweit die Parallele zu der Debatte um das Verbot von Scientology ist. Ich habe damals Herrn Nagel gesagt, dass man über ein derartiges Verbot vorher nicht lange redet, dass man das anstrebt und anfangen möchte, Beweise zu sammeln, sondern wenn man das will, dann sammelt man die Beweise und macht dann

den Verbotsantrag fertig und nicht umgekehrt. Das gilt im gleichen Maße auch für das NPD-Verbotsverfahren.

(Beifall bei der GAL)

Es ist die gleiche Situation und deswegen gilt dieser Hinweis an Herrn Nagel in beiden Fällen und müssen wir das hier auch berücksichtigen.

Wir haben hier zwei Anträge vorliegen, bei denen ich ganz klar sagen muss, dass ich es komplett für falsch halte, wenn die Bürgerschaft letztlich in öffentlichen Beschlüssen über einzelne Observationsmaßnahmen gegenüber der NPD entscheidet. Ich halte es auch für äußerst kritisch zu behaupten, dass es gar nicht notwendig sei, V-Leute einzusetzen, um Erkenntnisse über die NPD zu gewinnen. Wenn man etwas in die Geschichte hineinguckt und sich die Situation vor dem Anlaufen des NPD-Verbotsverfahrens und insbesondere vor dem Scheitern des NPD-Verbotsverfahrens ansieht, dann muss man feststellen, dass wir viele Erkenntnisse, die wir jetzt zwar öffentlich haben, weil die NPD sich nicht mehr so scheut, ohne derartige Observationsmethoden nicht gehabt hätten. Deswegen finde ich es fahrlässig, das zu fordern. Es ist auch eine sehr gefährliche Argumentation, wenn man einfach darauf abstellt, dass bestimmte Funktionsträger der NPD schon einmal Straftaten begangen haben. Wenn man zum Beispiel Herrn Rieger nimmt – ganz genau hingesehen –, dann ist der noch nicht lange NPD-Mitglied und die Straftaten, über die Sie reden, hat er gemacht, bevor er Mitglied war. Das nur als Beispiel.

Wenn man tatsächlich Erkenntnisse darüber haben will, was er als NPD-Funktionär tut, dann stellt sich die Frage, wie man da herankommen soll. Wir haben an der Stelle nicht viele andere Methoden.

Ich glaube, dass der Antrag der SPD in eine Richtung geht, über die wir im Verfassungsausschuss sehr gründlich beraten müssen und gegebenenfalls dann auch weiter im Innenausschuss, der sich damit eingehender beschäftigen kann, wenn wir ihn eingerichtet haben. Wir müssen auch darüber nachdenken, ob wir das vielleicht, um ein bisschen tiefer in die Sache einzusteigen, in nichtöffentlicher Sitzung machen. Über dieses Thema müssen wir reden. Es sind sehr viele vernünftige Gedanken in dem Antrag. Auch Frau Schiedek hat die Erfolgsbedingungen klar benannt. In der Richtung müssen wir diskutieren. Ich bin mir sicher, dass wir dann zu einem relativ breiten Konsens im Hinblick auf ein NPD-Verbotsverfahren kommen können.

(Beifall bei der GAL, der CDU und bei Michael Neumann SPD)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt die Abgeordnete Artus.

Kersten Artus DIE LINKE: Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Die Legalität der NPD hat weitreichende Auswirkungen. Würde man Jugendliche auffordern, einen Neonazi zu zeichnen, würden sie vermutlich einen Glatzköpfigen mit Bomberjacke aufs Papier bringen. Dass es aber Neonazis in Nadelstreifen gibt, dass es häufig Biedermänner sind, dass es Intellektuelle mit faschistischem Gedankengut gibt, dass es nicht wenige weibliche Neonazis gibt, bleibt weitgehend verborgen.

Mit den falschen Bildern, die über Neonazis existieren, kann aber so lange nicht aufgeräumt werden, wie sie sich legal in einer Partei organisieren dürfen und damit alle Privilegien haben, die nach den Gesetzen der Bundesrepublik Deutschland Parteien und auch Abgeordneten zustehen. Daher ist es wesentlich, dass sich diese Gesellschaft, dass sich die Parlamente, dass sich die Innenminister dafür entscheiden, die braune Pest mit allen Mitteln und auf allen Ebenen zu bekämpfen.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Philipp-Sebastian Kühn SPD*)

Ich empfinde es als einen großen Verlust, dass die Zeitzeugen der Dreißiger- und Vierzigerjahre immer weniger werden. Es gibt bald keine Frauen und Männer mehr, die mit ihren Erfahrungen in Schulen gehen, die aus ihrer Zeit im KZ und von ihren Leiden berichten. Sie alle hier müssen sich bewusst sein, dass die Generation, die jetzt heranwächst, nur noch einen geschichtlichen und keinen konkreten Bezug mehr zu der Zeit zwischen 1933 und 1945 haben wird. Bald gibt es niemanden mehr, der sich mit KZ-Kleidung auf Friedens- und Antifa-Demonstrationen begibt und seine eintätowierte Nummer auf dem Unterarm vorzeigt. Die NPD hofft darauf, dass Naziverbrechen vergessen werden.

Die NPD darf, weil sie nicht verboten ist, ihre Position ungehindert unter die Menschen bringen mithilfe des Internets oder der Landtage, in denen sie sitzt. Sechs Sitze hat sie in Mecklenburg-Vorpommern. Dort nutzt sie die von den Steuerzahlern finanzierten Möglichkeiten, um ihre reaktionären Sichtweisen zu verbreiten. Zum Beispiel forderten die Nazis Anfang März im Schweriner Landtag, alle Gender-Mainstreaming-Programme zu stoppen. Der Grund, den sie dafür angegeben haben: Gender Mainstreaming würde die Geschlechterunterschiede leugnen und abschaffen. Wer Gender Mainstreaming fordere – so heißt es dann in einer Presseerklärung der NPD –, sei vor 20 oder 30 Jahren in psychiatrische Behandlung überwiesen worden. Die CDU-Landtagsfraktion hatte zuvor vergeblich versucht, den Antrag der NPD von der Tagesordnung streichen zu lassen. Die Landesverwaltung hatte nämlich keine entsprechenden Bedenken gegen den Inhalt gehabt.

Ich führe dieses Beispiel an, um Ihnen deutlich zu machen, dass es keinen Aufschub des Verbotes der NPD geben darf. Die NPD vertritt verfassungs- und menschenfeindlichen Ansatz, dass Frauen und Männer verschiedene Wertigkeiten haben. Sie sagt deutlich, dass nach ihrer Meinung Andersdenkende medizinisch behandelt und in geschlossene Anstalten gesteckt werden müssten. Sie sagt das ganz offen und legal und nichts passiert.

Die Rolle der Frauen in der rechten Szene wird vielfach unterschätzt. Sie gelten als der soziale Kitt und das wichtigste Bindeglied zur Gesellschaft. Nach Einschätzung von Experten drängen weibliche Neonazis in soziale Berufe, in Kitas und Elternvertretungen. In der Regel bleiben sie unerkannt, weil sie lediglich ein konservatives Mutterbild abgeben. Die Einflussnahme dürfte erheblich sein in Zeiten, in denen Frauen immer noch ein Viertel weniger verdienen als Männer, immer noch die Hauptverantwortung für Kinderbetreuung haben und aufgrund massiver Rationalisierungen und gleichzeitigen Arbeitszeitverlängerungen in den Betrieben und Firmenschließungen häufig Zukunftsängste haben. Offensichtlich wurde die Strategie der NPD, als Eva Hermann ihre eigene Definition der Frauenrolle zum Besten gab. Vonseiten der Neonazis bekam sie nämlich heftigsten Applaus.

Wer das Wirken und die legale Existenz der NPD verharmlost oder verlacht, bei dem hat sie einen wichtigen Sieg im Kopf errungen. Sie hat nämlich dann bewirkt, dass sie harmlos erscheint, eben als eine Partei wie viele andere. Die NPD hat dann erreicht, dass die politische Sensibilität abgestumpft ist. Zu den Erfolgen gehört übrigens auch der Denkansatz, "Rechts" mit "Links" zu vergleichen. Das ist nämlich für die NPD sehr wichtig, weil sie Anteilnahme und Engagement zu sozialen Problemen gerne mit linken Positionen und Forderungen heuchelt.

Die aktive Auseinandersetzung mit Neonazis in unserer Gesellschaft sind wir den Opfern des Zweiten Weltkrieges schuldig. Wir sind es Millionen Jüdinnen und Juden schuldig, wir sind es Christinnen und Christen, Kommunistinnen und Kommunisten, Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten und Homosexuellen schuldig. Wir sind es vielen Opfern sogenannter medizinischer Versuche der Neonazis schuldig, wir sind es behinderten Menschen schuldig.

Am 14. Mai 1948 wurde Israel für unabhängig erklärt. Begehen Sie diesen Tag, indem Sie heute dem Antrag der LINKEN zustimmen, damit das NPD-Verbotsverfahren auf den Weg gebracht werden kann.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Berndt Röder: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann kommen wir zur Abstimmung.

(Präsident Berndt Röder)

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksachen 19/91 und 19/150 an den Verfassungsausschuss zu? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen?
– Das ist einstimmig so beschlossen.

Tagesordnungspunkt 16, Drucksache 19/36, Senatsmitteilung: Feststellung des Senats über das Zustandekommen einer Volksinitiative, hier: Volksinitiative für faire und verbindliche Volksentscheide.

**[Senatsmitteilung:
Feststellung des Senats über das Zustandekommen einer Volksinitiative
hier: Volksinitiative "Für faire und verbindliche Volksentscheide"
– Drs 19/36 –]**

Diese Drucksache möchte die SPD-Fraktion an den Verfassungsausschuss überweisen. Wird das Wort gewünscht? – Das ist der Fall. Der Abgeordnete Dr. Dressel hat das Wort.

Dr. Andreas Dressel SPD:* Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! In diesem Hause gibt es keine Mehrheit mehr für die Missachtung von Volksentscheiden

(Beifall bei der SPD – Vizepräsident Wolfhard Ploog übernimmt den Vorsitz.)

und es gibt keine Mehrheit mehr für die Demontage der direkten Demokratie. Darüber kann die linke Seite dieses Hauses, glaube ich, sehr froh sein, denn es war ein parteiübergreifendes Bündnis, das in den letzten vier Jahren hartnäckig dafür gekämpft hat, dass der rechten Seite dieses Hauses das Herumschnippeln an der direkten Demokratie das Handwerk gelegt wird. Dass es keine Mehrheit mehr für die Missachtung von Volksentscheiden gibt, heißt natürlich nicht, dass es nun auch eine positive Mehrheit gibt, dafür zu sorgen, dass die direkte Demokratie wieder wetterfest gemacht wird gegen Angriffe von Senat und Regierungsfraktion. Dazu liegt nun, mit der notwendigen demokratischen Legitimation versehen, der Vorschlag einer erfolgreichen Volksinitiative auf dem Tisch. Wir sind am Zug zu entscheiden, wie wir damit umgehen wollen, ob wir der Volksinitiative folgen wollen oder nicht. Etwa bis zur Sommerpause haben wir gemeinsam Zeit, im Verfassungsausschuss zu überlegen, ob wir folgen wollen oder nicht. Wir können auch in Verhandlungen mit den Initiatoren eintreten und eventuell die Fristen dafür verlängern.

Meine Damen und Herren! Drei der vier in dieser Bürgerschaft vertretenen Parteien waren und sind Teil dieses Bündnisses für verbindliche Volksentscheide. Insofern gibt es hier eine absolute Mehrheit für das Anliegen der Volksinitiative. Es muss jetzt darum gehen, auf Basis der Volksinitiative endlich zu einer verfassungsändernden Mehrheit

zu kommen, damit das überwältigende Votum von 365 000 Hamburgerinnen und Hamburgern aus dem letzten Herbst für mehr Demokratie endlich eingelöst wird.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Die Bürgerschaft sollte den Versuch machen, den bewährten Verfassungskonsens in Fragen direkter Demokratie wieder herzustellen. Einige von Ihnen werden sich vielleicht noch erinnern. 2001 war es das Ergebnis eines damals knapp gescheiterten Volksentscheids, dass die Bürgerschaft auf die Bürger zugegangen ist und überlegt hat, was wir bei einem solchen Volksentscheid übernehmen können. Wir haben damals einen breiten Konsens der Demokraten erzielt; das könnte auch Vorbild für die jetzige Situation sein.

Eine solche Konsenssuche darf aber kein Kuhhandel werden. Wer eine höhere Verbindlichkeit nur bei höheren Quoren zulassen will, der will die direkte Demokratie eher schwächen als stärken. Es kann und wird hier keinen Konsens um jeden Preis geben können, sonst entscheidet ohnehin das Volk, denn es kann auch bei diesen Verfahren schlussendlich zu einem Volksentscheid parallel zur Bundestagswahl im Herbst 2009 kommen.

Doch wir sollten den Konsensversuch machen. Dazu zwei Appelle an die angehenden Koalitionäre. An die CDU: Legen Sie eine gute Portion Beweglichkeit, die Sie in diesen Tagen so auszeichnet, auch bei dem Thema Volksentscheide mit an den Tag, also ein bisschen Beweglichkeit sollten Sie sich für diesen Themenblock noch aufheben. Es würde sich für Sie durchaus auch in der öffentlichen Wahrnehmung lohnen, wenn Sie die Beweglichkeit, die Sie in anderen Politikfeldern haben, auch auf diesem Feld an den Tag legen würden. Es täte Ihnen gut und es täte auch der demokratischen Kultur dieser Stadt gut.

(Beifall bei der SPD)

Bei der GAL gilt genau das Umgekehrte, da ist nämlich Unbeweglichkeit und Prinzipientreue in dieser Frage erste Pflicht. Da will ich ganz persönlich meinen geschätzten Kollegen Farid Müller ansprechen. Wir haben zusammen den Wortlaut des Gesetzentwurfs ausgehandelt und insofern darf es hier kein Wackeln geben, keinen Opferdienst auf dem Koalitionssaltar. Jedes Zurückweichen würde für die GAL einen erheblichen Glaubwürdigkeitsverlust in einem Kernthemenfeld bedeuten; auch dessen sollte man sich bewusst sein.

(Beifall bei der SPD, bei *Christiane Schneider* und *Norbert Hackbusch*, beide *DIE LINKE*)

Vor diesem Hintergrund gibt es eine nicht ganz schlechte Chance, aus der absoluten Mehrheit, die in diesem Hause jetzt schon für verbindliche Volks-

(Dr. Andreas Dressel)

entscheide besteht, eine verfassungsändernde Mehrheit zu zimmern. Diese Chance sollten wir nutzen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei *Christiane Schneider DIE LINKE*)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Meine Damen und Herren! Das Wort hat Herr Kai Voet van Vormizeele.

Kai Voet van Vormizeele CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Kollegen! Fast wäre ich geneigt, die Rede von Herrn Dr. Dressel mit einem Satz zu beantworten, den ein führendes Mitglied meiner Partei und auch ein Senatsmitglied gerne sagt: Alles wird gut.

Lieber Kollege Dressel, diese Mobilität, die Sie gerade eingefordert haben in diesem Hause, heißt insbesondere Gesprächskultur. Diese Gesprächskultur, darüber sind sich diejenigen einig, die in den letzten Wochen gemeinsam an einer Koalition gearbeitet haben, wird es geben. Ich freue mich darauf, dass gerade die Kollegen der SPD ihren Beitrag bei diesem Suchen nach einem gemeinsamen Weg mit dem Verein Mehr Demokratie leisten wollen. Wir überweisen diesen Antrag gerne an den Verfassungsausschuss und werden dort gemeinsam darum ringen, eine gute und angemessene Lösung zu finden. Seien Sie sicher, dass sich die Kollegen der GAL nicht für irgendwelche Staatsratsposten, wie Herr Neumann eben einwarf, und Ähnliches über den Tisch haben ziehen lassen, sie haben dort genauso vehement ihre Positionen vertreten. Auch wir haben durchaus unsere Argumente vertreten. Wir werden gemeinsam mit Ihnen in diesem Hause einen Kompromiss suchen, denn für eine verfassungsändernde Mehrheit, das wissen wir, brauchen wir nicht nur die beiden Koalitionsfraktionen, sondern auch mehr Demokratie. Diesen Konsens werden wir finden, wenn Sie mitmachen wollen; wir laden Sie dazu ein.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Meine Damen und Herren! Das Wort hat der Abgeordnete Müller.

Farid Müller GAL: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Dressel, wir haben in diesem Bereich lange zusammen gearbeitet und gekämpft. Wir wissen auch, dass eine große Anzahl von Hamburgerinnen und Hamburgern möchte, dass die direkte Demokratie in dieser Stadt wieder etwas gilt und fairer wird. Ich bin mir ganz sicher, dass wir jetzt, nachdem die Initiative nach dem gescheiterten Volksentscheid im letzten Herbst neu gestartet ist, die Chance zu einem neuen Vorschlag haben, der ein bisschen anders ist als der Volksentscheid vom Herbst. Deswegen werden wir auch einer Überweisung an den Verfassungsaus-

schuss zustimmen. So etwas kann man hier nicht auf die Schnelle beschließen.

Ich bin mir sicher, dass wir zusammen einen Konsens finden werden. Ich habe nämlich schon im Wahlkampf wahrgenommen, dass man im Grunde genommen weiß, dass man sich irgendwie wird einigen müssen. Wir haben alle gemerkt, dass der gescheiterte Volksentscheid bei den Bürgerinnen und Bürgern nicht dafür gesorgt hat, das Vertrauen in Politik insgesamt zu stärken, denn die Wahlbeteiligung ist leider zurückgegangen. Der Analyse warum und wieso werden wir uns als Abgeordnete stellen müssen. Ich habe den Eindruck, auch nach der Rede meines Kollegen Herrn Voet van Vormizeele, dass wir auf einem guten Weg sind.

Ich warne allerdings davor – das sage ich sehr deutlich in Richtung meines Kollegen Herrn Dressel –, mir hier zu sagen, "bleiben Sie standhaft, jedes Komma, das irgendwo hingeschrieben wurde, ist Gesetz, alles Abweichen davon ist Verrat". Wenn wir so an die Sache herangehen, werden wir keinen Konsens finden und auch keinen Konsens mit den Initiatoren. Ich glaube, dass wir mit dem Ziel, Volksentscheide verbindlicher zu machen, ...

(*Christiane Schneider DIE LINKE*: Um welches Komma geht es denn da?)

– Vielleicht lesen Sie den Text, Frau Kollegin, Sie waren in der letzten Legislaturperiode noch nicht dabei, aber er ist Ihnen auch zugeschickt worden, vielleicht verspätet. Aber eigentlich hat ihn jeder im Herbst bekommen. Da steht die Regelung drin, wie die Bürgerschaft mit Verbindlichkeit umgeht.

Es bringt jetzt nichts, uns hier festnageln zu wollen, nur wenn exakt jedes Komma herauskomme, seien die Grünen standhaft geblieben. Es bringt auch nichts, wenn wir wie eine Monstranz den alten Volksentscheidstext durch die Gegend tragen. Uns bringt es nur voran – das erwarten auch die Wählerinnen und Wähler –, wenn dieses Parlament fähig ist, für dieses Problem eine Lösung zu finden, und ich habe nach den heutigen Reden den Eindruck, dass das möglich ist. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der CDU)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort erhält Herr Dr. Bischoff.

Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte für die Fraktion DIE LINKE ausdrücklich erklären, dass wir dieser Überweisung zustimmen und dem Bemühen, das alle Vorredner angedeutet haben, gemeinsam einen Kompromiss zu finden, der uns dahin führt, dass Volksentscheide verbindlich werden. Um diesen Punkt geht es und wir brauchen uns im Vorfeld im Plenum nicht um Punkte und Kommata zu streiten, sondern müssen dieses Ziel

(Dr. Joachim Bischoff)

vor Augen haben; wir haben einige Monate Zeit. Wir werden versuchen, das zu einem Ende zu bringen und eine wirklich befriedigende Lösung zu finden.

Insofern wären wir dann einen ganzen Schritt weiter, denn das, was dahintersteckt, hat doch eine ziemliche Enttäuschung und Misstrauen hervorgerufen, dass ein erfolgreicher Volksentscheid gegen den Verkauf des LBK im Grunde genommen in den Papierkorb geworfen worden ist.

(Präsident Berndt Röder übernimmt den Vorsitz.)

Ich möchte an dieser Stelle allerdings, Herr Müller, darauf hinweisen, dass es aus unserer Sicht mehr noch darum geht, dass auf vielen anderen Ebenen in der letzten Legislaturperiode mit der Frage der Bürgerbeteiligung nicht gerade positiv umgegangen worden ist. Ich hoffe, dass Sie das alles in Ihrem morgen zu präsentierenden Koalitionsvertrag berücksichtigen und wir über den verbindlichen Volksentscheid hinaus weitere Schritte der Bürgerbeteiligung in Hamburg durchsetzen können. – Danke.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Berndt Röder: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer stimmt der Überweisung der Drucksache 19/36 an den Verfassungsausschuss zu? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist einstimmig so beschlossen.

Tagesordnungspunkt 14, das sind die Drucksachen 19/85 in der Neufassung, 19/86 und 19/87: Berichte des Eingabenausschusses.

**[Bericht des Eingabenausschusses: Eingaben
– Drs 19/85 (Neufassung) –]**

**[Bericht des Eingabenausschusses: Eingaben
– Drs 19/86 –]**

**[Bericht des Eingabenausschusses: Eingaben
– Drs 19/87 –]**

Wir beginnen mit dem Bericht 19/85 in der Neufassung. Hier sind nur einstimmige Empfehlungen enthalten. Wer möchte diesen folgen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist einstimmig so beschlossen.

Bericht 19/86, Ziffer 1. Wer schließt sich den Empfehlungen an, die der Eingabenausschuss zu den Eingaben 66/08 und 67/08 abgegeben hat? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist bei

einigen Stimmenthaltungen mehrheitlich beschlossen.

Wer schließt sich den Empfehlungen zu den übrigen Eingaben an? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist einstimmig so beschlossen.

Von Ziffer 2 hat die Bürgerschaft Kenntnis genommen.

Bericht 19/87, Ziffer 1. Hier sind nur einstimmige Empfehlungen enthalten. Wer möchte diesen folgen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist einstimmig so beschlossen.

Von den Ziffern 2 bis 4 hat die Bürgerschaft Kenntnis genommen.

Die in der Geschäftsordnung für bestimmte Tagesordnungspunkte vorgesehene

Sammelübersicht*

haben Sie erhalten.

Wer stimmt den darin aufgeführten Überweisungsbegehren zu? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist bei einigen Stimmenthaltungen einstimmig so beschlossen.

Tagesordnungspunkt 21, Drucksache 19/23, Antrag der SPD-Fraktion: Kein Kohlekraftwerk in Moorbург.

**[Antrag der Fraktion der SPD:
Kein Kohlekraftwerk in Moorbург
– Drs 19/23 –]**

Hierzu liegt Ihnen als Drucksache 19/153 ein Antrag der SPD-Fraktion vor.

**[Antrag der Fraktion der SPD:
Kein Kohlekraftwerk in Moorbург - Entscheidungen transparent machen!
– Drs 19/153 –]**

Beide Drucksachen möchte die GAL-Fraktion an den Verfassungsausschuss überweisen. Wer stimmt dem Überweisungsbegehren zu? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist mehrheitlich so beschlossen.

Tagesordnungspunkt 27, Drucksache 19/92 in der Neufassung, Interfraktioneller Antrag: Fraktionsgesetz.

**[Interfraktioneller Antrag:
Fraktionsgesetz]**

*Siehe Anlage 2, Seite 85

(Präsident Berndt Röder)**– Drs 19/92 (Neufassung) –]**

Wer möchte dem Antrag folgen und das Neunte Gesetz zur Änderung des Fraktionsgesetzes beschließen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist einstimmig so beschlossen.

Es bedarf einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu?

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

Der Senat stimmt zu. Gibt es Widerspruch aus dem Hause? – Das ist nicht der Fall. Wer will das soeben in erster Lesung beschlossene Gesetz in zweiter Lesung beschließen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen. Das ist einstimmig auch in zweiter Lesung und damit endgültig beschlossen.

Tagesordnungspunkt 29, Drucksache 19/152, Antrag der SPD-Fraktion: Exmatrikulationen wegen Studiengebühren sofort stoppen!

**[Antrag der Fraktion der SPD:
Exmatrikulationen wegen Studiengebühren sofort stoppen!****– Drs 19/152 –]**

Die Drucksache möchte die GAL-Fraktion an den Verfassungsausschuss überweisen. Wer möchte so beschließen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist mehrheitlich so beschlossen.

Meine Damen und Herren! Wir sind am Ende der Sitzung. Ich schließe dieselbe und bitte die Fraktionsvorsitzenden, wie verabredet, in den Raum A.

Ende: 18.54 Uhr

Hinweis: Die mit * gekennzeichneten Redebeiträge wurden in der von der Rednerin beziehungsweise vom Redner nicht korrigierten Fassung aufgenommen.

In dieser Sitzung waren nicht anwesend: die Abgeordneten Elisabeth Baum, Rüdiger Kruse und Ties Rabe

Anlage 1

Zu Punkt 5

Wahl von vier ordentlichen Mitgliedern und acht stellvertretenden Mitgliedern der Härtefallkommission
- Drucksache 19/1 -

Gewählt wurden	Zahl der abgegebenen Stimmen	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen	Ungültige Stimmen
Vorschlag der CDU-Fraktion:					
a) Ordentliches Mitglied					
Jens Grapengeter	116	95	15	5	1
b) Stellvertretende Mitglieder					
Wolfhard Ploog	116	107	4	2	3
Jörn Frommann	116	98	9	3	6
Vorschlag der SPD-Fraktion:					
a) Ordentliches Mitglied					
Wilfried Buss	116	105	8	3	0
b) Stellvertretende Mitglieder					
Dirk Kienscherf	116	104	5	5	2
Bülent Ciftlik	116	101	4	4	7
Vorschlag der GAL-Fraktion:					
a) Ordentliches Mitglied					
Antje Möller	116	111	2	2	1
b) Stellvertretende Mitglieder					
Martina Gregersen	116	109	3	2	2
Nebahat Güclü	116	107	2	2	5
Vorschlag der Fraktion DIE LINKE:					
a) Ordentliches Mitglied					
Wolfgang Joithe-von Krosigk	116	77	19	17	3
b) Stellvertretende Mitglieder					
Elisabeth Baum	116	78	19	15	4
Mehmet Yildiz	116	75	20	16	5

Anlage 1

Zu Punkt 6

Wahl eines Datenschutzgremiums nach § 14 der Datenschutzordnung der Hamburgischen Bürgerschaft
- Drucksache 19/8 -

Gewählt wurden	Zahl der abgegebenen Stimmen	Ja- Stimmen	Nein- Stimmen	Enthaltungen	Ungültige Stimmen
Vorschlag der CDU-Fraktion:					
André Trepoll	116	101	9	5	1
Vorschlag der SPD-Fraktion:					
Rolf-Dieter Klooß	116	108	6	2	0
Vorschlag der GAL-Fraktion:					
Dr. Till Steffen	116	107	7	1	1
Vorschlag der Fraktion DIE LINKE:					
Christiane Schneider	116	52	48	12	4

Anlage 2

Sammelübersicht gemäß § 26 Absatz 5 GO
für die Sitzung der Bürgerschaft am 16. April 2008

Einvernehmliche Ausschussüberweisungen

TOP	Drs-Nr.	Gegenstand	auf Antrag der	Überweisung an
20	19/12	Volkspetition „Wiederherstellung der Lernmittelfreiheit“	SPD	Verfassungsausschuss
25	19/90	Änderung der Geschäftsordnung der Bürgerschaft	SPD	Verfassungsausschuss